

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgebühr),  
bei Auslieferung unter Kreuzbamb M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning,  
verantwortlicher Redakteur: Fritz Paepplow, Reise in Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen  
für die vergessene Zeitung oder deren Raum 20 J.  
Postkatalog Nr. 8284.

Inhalt: Einiges Lohnstatistik. — Mundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. Unsere diesjährigen Errungenheiten. — Aus unserer Bewegung. — Pleitefälle. — Feuerstellen: Müllverbrennung und Müllschmelzung.

einwandfreien Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften behelfen. Unklar und verzerrt werden diese „Lohnnachweisungen“ besonders dadurch, daß noch die Gehälter der Betriebsbeamten im Betrage bis zu M. 2000 pro Jahr mit eingerechnet werden. Ihr Arbeitsdienst wird dann mit M. 4 pro Tag und was darüber ist mit einem Drittel in die Nachweisungen aufgenommen. Insolgedessen erscheinen die eingeschriebenen Summen für die eigentlichen Lohnarbeiter selbstverständlich höher, als sie in Wirklichkeit sind.

Weiter aber wird auch für die Arbeiter, die mehr als M. 4 verdienen, in den Lohnnachweisungen nur ein Betrag bis zu M. 4 vorgenommen, was darüber ist, gelangt nur mit einem Drittel zur Anschreibung. Es ist klar, daß dieses Verfahren reduzierend wirkt im Vergleich zu den wirklich gezahlten Löhnen.

Endlich ist zu beachten, daß für die jugendlichen und die nicht ausgebildeten Arbeiter der „ortsübliche Tagelohn Erwachsener“ eingesetzt wird, wodurch sich rechnungsmäßig ein höherer Lohn als der wirklich gezahlte ergibt.

Dies sind drei schwere Fehler, welche die Zuverlässigkeit der Nachweisungen erheblich beeinträchtigen. Trotzdem läßt sich daraus wenigstens für die Arbeiterschaft in jeder Industrie eine generelle Übersicht der Lohnsummen, eine Berechnung des Durchschnittslohnes und eine Feststellung der Bewegung der Löhne von Jahr zu Jahr gewinnen.

Greifen wir aus der neuesten Reichsstatistik die wichtigsten diesbezüglichen Angaben heraus. Sondern diejenigen, welche den Durchschnitts-Jahreslohn pro Arbeiter in der Periode von 1894/98 nach den Nachweisungen der anrechnungsfähigen Löhne der Berufsgenossenschaften betreffen:

Gewerbe Gruppe	1894	1895	1896	1897	1898
	M.	M.	M.	M.	M.
Bergbau, Hütten u. c.	918,87	927,24	986,92	1006,08	1085,05
Steine und Erden	419,59	411,20	428,75	439,20	459,95
Metalle	812,52	816,09	841,93	845,44	895,69
Maschinen	885,64	899,88	910,48	929,88	960,76
Chemische Industrie	827,89	843,41	868,75	866,87	887,82
Industrie d. Leuchtstoffe	988,26	889,78	998,14	1018,51	1090,46
Textilindustrie	604,41	608,78	620,88	628,04	640,82
Papierindustrie	827,85	658,87	681,78	707,89	736,97
Leiderindustrie	801,87	828,41	815,90	788,87	871,86
Holz- und Schnitstoff- mittel	675,19	684,81	648,99	709,87	728,03
Bleibildung	626,61	628,28	648,99	650,19	684,68
Baugewerbe	582	602,19	617,41	629,54	688,27
Poligraph. Gewerbe	524,92	533,52	560,16	590,15	635,83
Verkehrs- und Gewerbe	806,45	820,48	787,18	844,95	887,99
Verkehrs- und Gewerbe	746,94	775,48	797,08	804,17	828,98

bau und Hüttenwesen betrug sie von 1894 auf 95 nur 1,05 p.ß., in den übrigen Perioden zwischen 5 und 5,93 p.ß. Verhältnismäßig schwach war sie in der Textilindustrie, wo sie von 1896 auf 97 nur 0,08 p.ß. betrug. Abgenommen hat in einzelnen Jahren die Arbeiterzahl: in der Leiderindustrie (von 1897 auf 98 um 1,81 p.ß.), den Nahrung- und Genussmittelgewerben (von 1896 auf 97 um 3,95, von 1897 auf 98 um 0,80 p.ß.), im Baugewerbe (von 1894 auf 95 um 1,45 p.ß.), im Verkehrs- und Gewerbe (von 1894 auf 95 um 0,07 p.ß.).

Nunmehr ist die Summe der in jeder Gewerbe-Gruppe gezählten Löhne festzustellen, was (in M. 1000) in folgender Tabelle geschieht:

Gewerbe Gruppe	1894	1895	1896	1897	1898
	M.	M.	M.	M.	M.
Bergbau, Hütten u. c.	467793,90	477793,90	509119,10	570777,70	6251529,10
Steine und Erden	301021,30	260060,20	268095,80	261237,70	328611,90
Metalle	880841,90	880841,90	483808,60	483808,60	6304482,40
Maschinen	818,32	—	418339,90	92910,80	92910,80
Chemische Industrie	70376,90	70786,50	87556,80	56173,70	510985,50
Industrie d. Leuchtstoffe	420326,80	420326,80	47750,10	58268,60	58268,60
Textilindustrie	428346,60	428346,60	4616307,60	487958,30	496388,40
Papierindustrie	79167,20	88294,80	88285,10	998260,70	108947,80
Leiderindustrie	81378,80	81378,80	268906,90	308016,10	388485,80
Holz- und Schnitstoff- mittel	242158,10	242158,10	47678,10	47678,10	493417,40
Bleibildung	287000,50	318889,60	389192,10	389192,10	483194,40
Baugewerbe	441638,10	441638,10	494328,30	91801,60	104387,40
Poligraph. Gewerbe	79470,10	86044,60	98608,70	127755,50	128833,10
Verkehrs- und Gewerbe	109574,10	—	—	—	—

In sämtlichen hier in Rechnung gezogenen Arbeiter wurden insgesamt gezählt:

Jahr	Beruhmung in Mark
1894	8716 652 878
1895	8907 299 586
1896	4 279 849 875
1897	4 619 995 473
1898	5 087 849 068

Dennnoch hat sich die absolute Lohnsumme innerhalb fünf Jahren von 3,7 auf 5 Milliarden, d. i. um 36,6 p.ß. erhöht, ein Resultat, welches ein gewaltiges Anwachsen der industriellen Tätigkeit, eine starke Zunahme der Zahl der Arbeiter in der Industrie bedeutet.

In welcher Weise nun der einzelne Arbeiter an der Zunahme der Lohnsumme partizipiert, ergiebt sich, indem man die Zahl der Arbeiter in jedem Jahre, wie sie oben berechnet worden, in die gefundene Lohnsumme des betreffenden Jahres dividirt. Darnach be-

freilich bieten die bisherigen Aufnahmen für die Zwecke der Unfallversicherung nur eine generelle Übersicht über die Löhne. Insbesondere lassen sie nicht erkennen, auf welche Altersklasse sich die Lohnangaben beziehen und welche Unterschiede zwischen der Lohnhöhe in den Städten bezw. Großstädten und den auf dem platten Lande bezw. in den kleineren Städten bestehen, was zu wissen von großer Bedeutung ist.

Selbstverständlich steht für jeden unbefangen Urtheilenden fest, daß auch die Nachweisungen der Unfallversicherung nicht ausreichend sind für die Beurteilung der Lohnverhältnisse und der Lohnfragen. Absolut richtige und zuverlässige Resultate sind nur zu erwarten durch eine regelmäßig wiederkehrende, vom Reichstage vorzunehmende spezielle Enquête unter den ganz bestimmten Voraussetzung, daß sie großen sozialpolitischen Gesichtspunkten entsprechend zur allgemein richtigen Beurteilung der Lage der Arbeiterklasse dienen soll.

Als dahin, daß die Reichsgewalten sich zu solch einer Enquête verleben, muß man sich mit der durchaus nicht

Darnach war die Vermehrung der Arbeiter am stärksten in der Industrie der Maschinen; sie stieg von 1894 auf 95 um 9,55, von 1895 auf 96 gar um 14,59 p.ß. Auch in der Industrie der Metalle betrug sie von 1896 auf 97 11,11 p.ß. Im Berg-

trug der Durchschnittslohn in den 15 aufgeföhrten Gewerbearten:

Jahr	Jahresdurchschnittslohn in Mark
1894.	666,14.
1895.	672,68
1896.	692,62
1897.	718,22
1898.	742,52

Wir sehen also, daß der Lohn im Durchschnitt aller Arbeiter allerdings seit 1894 eine beständige Steigerung erfahren hat. Am stärksten stieg er von 1897 auf 1898. Aber im Ganzen ist diese Steigerung doch nur eine geringe; sie beträgt nur **11,46** p. 100. Jedenfalls hat sie nicht gleichen Schritt gehalten mit der Steigerung des Unternehmergewinnes und der Preise der Lebensmittel, sowie der Wohnungsmieten usw.

Ein Durchschnittslohn von M. 742 im Allgemeinen und im Baugewerbe speziell von M. 685! Diese Ziffern reden eine gar deutliche und eindringliche Sprache; sie lehren, wie schwamlos frivol und ungerecht Dingen verfahren, welche den um höheren Lohn kämpfenden Arbeitern „schöne Begehrlichkeit“ vorwerfen und bemüht sind, den Arbeitern diesen Kampf zu erschweren und unmöglich zu machen.

Von unseren Einzelnachweisen gewährt besonders eine ein weitgehendes Interesse, nämlich die, welche den Durchschnittslohn pro Arbeiter in den einzelnen Gewerben betrifft. Es ist daraus zu erkennen, daß die geringste Steigerung des Durchschnittslohnes auf diejenigen Gewerbe entfällt, deren Arbeiter nicht oder nur höchst schlecht organisiert sind, auf die Gruppen der Steine und Erden, der chemischen Industrie, der Textilindustrie, der Nahrungsmittel und Genußmittel, der Bekleidung.

Allerdings hat die Organisation die Lohnsteigerung nicht allein bewirkt, jedenfalls nicht in der Berg- und Hüttenindustrie, die in der Steigerung an erster Stelle steht. Im Baugewerbe hat aber ohne Zweifel die Organisation der Arbeiter die Steigerung in erheblicher Weise mit bewirkt.

## Rundschau.

\* „Eine gelungene Absicherung“. Unter Artikel „Neutralitätsdukel“ hat bei einigen Leuten eine schlimme Gehirnverletzung bewirkt. Die Redaktion der „Tageszeitung für Schneider“ hat den etwas sehr weiblichen Bericht gemacht, umreß Einführungen zu stilisieren. Nach der „Tageszeitung für Schneider“ haben wir einen anmaßenden, andersdenkende Arbeiter geradewegs belästigendem Ton angeklagt, weil wir die Arbeiter, die auf dem Boden der „christlichen“ Weltanschauung stehen, welche die bestehende Ordnung der Dinge für die beste halten und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht befürworten wollen — nun, weil wir diese Arbeiter als zu sich gegebenen Verräuber bezeichnet haben. Wir müssen gestehen, daß uns etwas Schlimmeres noch nicht zu Gefüge gekommen ist, als diese Polenik gegen uns; wir hätten auch nie geglaubt, daß sich der Neutralitätsdukel schon so tief eingetragen hätte. Also nicht einmal von zurückgebliebenen Brüdern darf

man reden. Nein! Die Arbeiter, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht befürworten wollen, sind ja garnicht unsere Feinde, weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Gebiete. Sie sind garnicht rückständig, und wer vom Universalstand der Massen spricht, macht sich einer schlimmen Beleidigung der lieben Deutschen schuldig. Die Redaktion der „Tageszeitung für Schneider“ will es aber auch nicht leiden, daß die Organisation noch freien stehenden Arbeiter wegen ihrer Bürzelschleißigkeit bedauert werden. Warum auch nicht? Wir würden es garnicht für absurdistisch halten, wenn aus dem Kreis der Neutralitätsdukel der Vorschlag käme, die Agitation überhaupt einzufallen. Wenn man den Standpunkt als berechtigt anerkennt, daß Arbeiter die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindern, dann kann man es auch für rechtlich halten, wenn Arbeiter von der ganzen Organisation nichts wissen wollen. Man ehrt die Freiheit, gleich welchem Universalstand sie entspringen ist. Dann darf man auch die Neutralität und Parität in vollem Glanze.

Von dem Weißbausausfall in der „Tageszeitung für Schneider“ hätten wir übrigens kaum in vorliegender Weise Notiz genommen, wenn nicht die bekannten „Arbeiterfeinde“ in der „demokratischen“ Frankfurter Zeitung und in der „national-sozialen“ Hilfe“ sich wie hungrige Raben darauf gestürzt hätten. Die „Frankf. Ztg.“ beginnt sich damit, die Polenik der Schneidersteigerung im Auszuge wiederzuerufen und darum die Bewerfung zu kritisieren: „Eine gelungene Absicherung!“ Mit haben uns zwar nicht den Urteil der Frankfurterin beigebracht, denn diese hat in Arbeiterfragen überhaupt kein Urteil, aber um der Tante am Main eine Freude zu machen, haben wir ihr Urteil unserer heutigen Ausführungen als Stichmarke vorangestellt.

Ganz aus dem Häuschen vor Freude ist „Die Hilfe“. Nachdem Herr Diepgäuer, der offizielle Verbandsredakteur der „städtischen und einheimischen deutschen Gewerkschaften“ gebührend Lob erhalten hat, wegen seiner bewußt klaren und scharfen Generalabrechnung“ mit der sozialdemokratischen Partei, heißt das Blatt mit „Gottes Hilfe, Selbsthilfe, Staatshilfe und Bruderschaft“ an, gegen uns zu thun: „Eine andere Episode spielt sich zwischen dem Organ des Maurerverbandes, dem „Grundstein“, und denjenigen des Schneiderverbandes, der „Tageszeitung für Schneider“ ab. Der altegehrte „zielebewußte“ „Grundstein“ brachte unter der geschmacklosen Überschrift „Neutralitätsdukel“ in voriger Woche einen fulminanten Beitrag, in dem u. a. gegen Debelt und alle übrigen Befürworter neutrale Gewerkschaften loswollte.

„Die Hilfe“ läßt aus unserem Artikel die markantesten Stellen (womit wir sehr zufrieden sind) und sagt: „Diejenigen, von parteipolitischer Größenwahn distillierten Ausführungen auch nur ein Wort der Erläuterung hinzuzügen, bisweilen ihre große Wirkung abholzen. (Dazu reicht wohl auch der Geist der „Hilfe“ nicht.) Gerecht ist aber, daß die „hürtige“ (11) Gewerkschaftspresse solche phrasenhaften, bombastischen Sillibüschen nicht mehr ruhig hinhält, sondern gehörig zurückweist. Die „Tageszeitung für Schneider“, von einem sozialdemokratischen Redakteur herausgegeben, scheint sehr stolzend: „Um folgt die wechselseitige Stimme aus der „übrigen“ Gewerkschaftspresse, genannt: „Tageszeitung für Schneider“). Und dann folgt der Triumph: „Das ist eine deutliche Antwort, die sich hoffentlich bei „Grundstein“ zur Lehre bilden läßt. Allen zielbewußten Gesinnungsgenossen von ihm aber, die ähnlich heftig gegen die Neutralitätsabschreibungen Sturm laufen möchten, möge eine gleich energische Absicherung zu Thell werden“.

Wenn wir noch nicht geträumt sind, so ist es ganz gewiß nicht die „Schule“ der „Hilfe“, oder doch! Es wirklich, es war eine Herabsetzung für uns, von der „Hilfe“ abgelöst zu werden. Alles in Allem genommen, war es eine „gelungene Absicherung“, die und von dem „Tagesorgan für Schneider“ in holdem Eintracht mit der „Hilfe“, zu Thell geworden ist. Wir können Weiden die Freude — und hat es nicht web gehan.

## Müllverbrennung und Müllschmelzung.

Von P. M. Crempse-Berlin.  
(Nachdruck verboten.)

(Schluß)

Herr Oberingenieur A. Meyer-Hamburg hat auf der Hauptversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gefülltheitspflege im Jahre 1894 zu Magdeburg bereits den technischen Nachweis geführt, daß bei einer Stadt von 100.000 Einwohnern die Kosten für die Abfuhr des Hausmülls nach entfernen, außerhalb des Städtegebietes belegten Ablagerungsplätzen sich den Transportkosten nach einer innerhalb der Stadt belegenen Verbrennungsanstalt einschließlich der Kosten des Betriebes der Anstalt, annähernd gleichstellen.

Die Thatache, daß also die Kosten der aus ungeleisteten Gründen zweitmäßigen Müllverbrennung nicht die bei in großen Städten üblichen Verbrauch und Aufstellung des Rohstoffes übersteigen, veranlaßte denn auch verschiedene deutsche Städtevertretungen, der Frage einer Müllberührung durch Feuer näher zu treten. Nach der großen Choleraepidemie errichtete die Stadt Hamburg zunächst verbuchweise einen Ofen nach Londoner Muster, der aufzuherrschende Methylate lieferte. Abgesehen von einem gewissen Quantum Kohle, das zum Anzünden erforderlich war, verbrannte sich der Kehricht selbst und ließ eine Schlaube, die allerdings wortlos war. Hamburg hat seine Anlage an 80 Bellen erweitert, ein Beweis, daß sich diese Art der Müllbefreiung dort bewährt hat.

Die Stadt Essen hat im Sommer 1895 einen Doppelwagen mit 12.500 Kilo Müll nach Hamburg geladen und die Verbrennung in zwei Bellen der dortigen Anlage vorgenommen. Das Essener Müll verbrannte in 24 Stunden vollständig ohne Zusatz von Brennstoffmaterial und ließ als Rückstand eine feste Schlaube zurück. Die Verbrennung wäre aber noch schneller vor sich gegangen, wenn die Bellen nicht beim Beginn des Prozesses fast gewesen wären.

Seit dem 1. Juli 1898 besteht auch die Stadt München eine Fabrikationsanlage, die nahest der Holzfesselle Bergheim erbaut ist und dazu dient, die gesammelten Abfallstoffe der Stadt zu bearbeiten, zu verwerten oder unbedingt zu machen. Bis dahin wurde der Kehricht in den in der Nähe Münchens liegenden Abfallgruben abgelagert und der Verfaulung überlassen. Um die schädlichen Ausdampfungen zu befechten, untersucht die

Stadt die Haushaltungsfabrik mit M. 160.000 pro Jahr, wofür diese die Pflicht hat, chemisch oder auf anderem Wege die Stoffe unbedingt zu machen. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft eine Fabrikationsanlage errichtet. Der Inhalt der auf der Bahn ankommenden Kehrichtwagen fällt in eine trichterförmige Sammelfassung, aus der mit Büchsenen das Material in eine lange eiserne Trommel mit verdrehten großen Trichteröffnungen befördert wird. Das nicht durch die Schleuder gefallene Müll läuft dann auf mechanischem Wege auf endlosen Transportbändern, auf welchen die Auslese der noch brauchbaren Verluststoffe, wie Eisen, Blech, Lumpen, Kerzen, Glas usw., vor genommen wird. Das durchgesiebte Material wird mit chemischen Zäpfen zu Dingen verarbeitet, während die übrigbleibenden Bestandteile an dem einen Ende des Bandes, in bereitstehende Müllwagen gebracht, zur Auffüllung des Vorgerüstes benutzt werden. Das Düngermaterial wird in einem besondern Fabrikgebäude der Anlage weiter verarbeitet, während man die sonstigen Stoffe im Dargedäube trocken. In einem anderen Densifizierungsraum wieder in den Handel gebracht. Ein Theil des Schrifts dient als Brennmaterial für die Dampföfen. Wir haben es aber in München mit einem System der Müllverbrennung zu tun, das aus hygienischen Gründen nicht zu empfehlen ist. Wie bereits einigermaßen hergehoben wurde, kann nur eine Schriftverbrennung den Hygieneinstifter zufrieden stellen, bei der die Menschen in seiner Weise mit den Abfallstoffen in Verbindung kommen können. Die Münchener Anlage wird auch dadurch nicht besser, daß jetzt die Stadt San Francisco das schon als Müllverbrennung geläufige gesetzlich erlaubte Verfahren der Müllbefreiung leider eingeführt hat. Die dortigen Feuerungen können 700 Tonnen Müll verbrennen. Um aus diesen Müllmassen die brauchbaren Stoffe auszulegen, sind mindestens 12 Personen täglich beschäftigt. Ob es eine besonders appetitliche Vorstellung erweckt, wenn man hört, daß in diesen Fabrikations-Schmelzöfen täglich etwa 1000 Flaschen gefunden werden, die man „reinigt“ und wieder in den Handel bringt, kann wohl mit leicht bezweifelt werden. Die Rückstände der Müllverbrennungsanlage in San Francisco sind eine schwärzglänzende, glasähnliche Masse, aus der Plasterstein geformt werden.

In Berlin stellt sich die Katastrophe der Müllabfuhr mit jedem Jahre in größtem Maße heraus; und doch in der deutschen Reichshauptstadt täglich nicht weniger denn 10.000 Kilo Abfallstoffe zu befechten. Die im Osten zu Hamburg mit dem Müllverbrennung und Müllschmelzung zu befechten; untersucht die

## Baugewerbliche.

\* Fährlichkeit der Bauarbeiten. Berlin. Durch einen Sturz vom Bau ist der Maurer Schlegel auf dem Grundstück Bärwalderstr. 44 schwer verunglückt. Infolge eines Gehalts stürzte er aus dem zweiten Stock, schlug mit dem Kopf auf und zog sich eine schwere Magenverletzung zu. In Hoffnunglosigkeit Bistand wurde er mit einer Rettungswagen einem Krankenhaus zugeliefert.

Wiesbaden. Den Zimmerarbeiter Fr. Krüger fiel bei einem Bau in Wiesbaden ein Stein auf den Kopf. Die erhaltenen Verletzungen waren so schwer, daß er auf dem Güte untergebracht werden mußte und erst nach einigen Tagen in seine Heimat reisen durfte.

Dresden. Am 26. Juni erfolgte in der Moritzstraße ein großer Gerüllausfall, wobei mehrere Stoffwerke mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Der Polizeibericht schlägt den Unfall wie folgt: „Das Gerüll, das das Radgaragehaus von „Stadt Non“ auf der Moritzstraße zum Zwecke des Abwinkens umgedreht ist auf seiner obersten Etage wegen zu großer Belastung seitens der Biegeldecker teilweise zusammengebrochen. Die Arbeiter, die darauf standen stürzten mehrere Stockwerke hin. Drei Dachdecker und ein Zimmermann wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Dachdecker konnte allein nach Hause gehen, die übrigen drei Verletzten wurden dem Stadtkrankenhaus zugeliefert. Das von Herrn Paul Manzel erbaute Gerüll ist in seinem Gesamtbau stehen geblieben, nur einzelne Gerüll-Etagenböden wurden durch die Last gebrochen und der Fall der Last durchgeschlagen. Die Biegeldecker flüchteten hier Franz aus. Wie seitens der Zimmerleute, die sofort an die Wiederherstellung des Gerüllbaus gingen, verliefert wird, haben diese die Dachdecker auf die Gefahr zu großer Verlastung aufmerksam gemacht, aber leider kein Gehör gefunden.“ Nach einer Darstellung der „Baugew.-Ztg.“ soll der Fall etwas anderes zugetraten haben. Daraus sollen die Dachdecker bei ihren Ausbeuterarbeiten halt in der Dachrinne gesucht haben, die aber nach und mitunter das Gerüll aus auf das ohnehin schon mit Schutt überladene Gerüll herabstürzte. Dieses gab unter der bedeutenden Last nach und durchschlug sämmtliche Gerüllabteilungen, dabei die Arbeiter mit sich herabfallend. Die leichtere Darstellung Klingt uns etwas glaublicher, als der Polizeibericht. Daß man wieder die Arbeiter für diesen Unfall verantwortlich machen möchte, steht für uns uns. Bei diesem Zweck muß man ja auch die eine Kategorie von Arbeitern gegen die andere ausspielen.

Sachsen. (Eig.-Ver.) Am 28. Juni starzte der Maurer Franz Gneiß auf einem Neubau an der Theaterstraße auf der zweiten Etage zur Erde, wobei der Bedauernswerte so schwere Verletzungen am Unterleibe und im Gesäß davontrug, daß er mittels Sanitäterwagen in das Kreiskrankenhaus gebracht werden mußte. Die Verunglückte war beim Wallensteinmauerwerk in der Schlossstraße ein Wallen auf's Weinen. Gneiß erhielt schwere Verletzungen.

Braunschweig. Am 28. Juni starzte der Maurer Heinrich Kropf auf dem Menneberg'schen Neubau der Maurer Heinrich Kropf zwei Stockwerke tiefs herab. Er brach sich dabei den rechten Unterarm und verletzte sich am Kopf.

Leipzig. Beim Einreißen einer Mauer im Theatersaale des Gebäudes „Altenbergs“ verunglückte ein Handarbeiter. Es wurden ihm die Finger der rechten Hand zerquetscht. Obwohl an diesem Bau wiederholt ein Baurevisor gesessen wurde, war zur Zeit des Unfalls sein Verbandsfest auf Stiel.

Mülhausen. (Thür.) Am 19. Juni verunglückten auf dem Bau des Maurermeisters Merten in der Johannesstraße ein Maurer, ein Zimmerer und zwei Lehrlinge; der Maurer erhielt schwere Verletzungen, während die Lehrlinge mit leichteren Verletzungen davon kamen. Schuld an dem Unfall war die schlechte Beschaffenheit des Gerülls, denn im dritten Stock brannte ein Überleger und zwei Wohlen und die darauf befindlichen müttern mußten, da das Ganggerüst nicht in Deckung war, in die Tiefe stürzen.

Berliner Müll vorgenommenen Verbrennungsproben ergaben ein recht ungünstiges Resultat; der Rückstand betrug ca. 75 % von der zur Verbrennung gebrachten Müllmenge. Ebenso waren die in Berlin selbst mit einem nach Hamburger und Londoner Vorbild von englischen Arbeitern errichteten Ofen erlangten Müllverbrennungsresultate nicht erträglich. Von 100 Zentimetern, die angefertigt und nur durch bedeutenden Kohlenzusatz in Brand zu halten waren, mußten 60 Centimeter als Müllstand fortgeschafft werden. Die herbeibehaltenen 60 % Schläde waren zudem zu weiterer Verbrennung durchaus nicht geeignet, also wertlos.

Sie hatte mittlerweile die fortgeschrittenen Technik ein Problem gestellt bekommen, dessen Lösung zweifellos von noch garnicht abzuhender Wichtigkeit ist.

Wir können heute mit Stolz beruhigen, daß diese Aufgabe als gelöst zu betrachten ist. Man hat von der Müllverbrennung Abstand genommen und ist zur Schmelzung des Mülls übergegangen.

Nach dem vom Ingenieur Wegener-Berlin erfundenen und in allen Kulturstaaten patentierten Müllschmelzverfahren wird der Schrift bei einer Temperatur von 2000 Grad Celsius total geschmolzen, ohne daß ein Sortieren der Abfallstoffe vorher stattfindet. Das Müll wird gleichzeitig so, wie es vom Hofe kommt, in den Schmelzöfen geschüttet und verläuft benetzen als eine glasartige flüssige Schläde, die aber sofort erhärtet, sowie sie den Ofen verlässt hat. Der Rückstand, der also eine Schläde aller das Müll bildende Bestandteile (Vlechtmutter, verbrannte Körner, Porzellan, Asche, Lumpen, Knochen usw. usw.) macht nur ca. 15 % des Gesamtgewichts des Schrifts aus. Dieser Rückstand ist mit dem ersten Versuchsdosen trotz ungünstiger Umstände gewonnen worden.

Der die Geschichte dieses ersten Bundesgenossen zur Verbrennung des Mülls auf dem Wege des Schmelzverfahrens eine höchst interessante und sehr lehrreiche ist, so wollen wir auf die Schmelzöfen des ersten, in der Glashütterstraße in Berlin erbauten Müllschmelzöfen kurz zu sprechen kommen. Als nämlich der Ofen seine volle Glut von 2000° entwickelt hatte, verlängerte er allmählig. Es quoll eine schwarze Masse aus dem Fundamenten heraus, bläulichflüssig, die sich durch die ausstehenden glühenden Schläden entzündete und den ganzen Ofen in Brand setzte. Man konnte sich natürlich diesen Vorgang zuerst nicht erklären, bis Leute, die lange Zeit in der Gegend wohnten, mitteilten, daß auf dem Grundstück früher — eine Steinfabrik betrieben

München. Auf einem Neubau in der Humboldtstraße stürzte am 25. Juni, früh 7 Uhr, eine 53jährige Mörtelschreinerei in folge eines Feuerstiles aus dem ersten Stock in den Keller hinab und erlitt hierdurch so schwere innere Verlehrungen, daß sie von der Nettingsgesellschaft der ältesten Hütte zugesetzt werden mußte. Nach Anregen der Verlehrten soll an der Absturzstelle ein Schutzaufzug angebracht gewesen sein — In der Volksschule brach am 27. Juni, Vormittags, ein auf der dritten Etage eines Baugewerbes beschäftigter Maurer durch und blieb mit einer Quetschung des Brustkorbes auf der zweiten Stockhälfte des Gerüsts liegen. Die Freiwillige Sanitätsstation verbrachte die Verlehrten nach der chirurgischen Klinik.

Münster i. W. Am dem Neubau des Clemenshospitals brach am Sonnabend eine Leiter, auf welcher 14 Arbeiter standen, um Steinchen heraufzuhören. Alle Arbeiter stürzten herab, acht wurden verletzt, einer von ihnen schwer.

Overstein. (Eig. Ver.) Am 22. Juni stürzte ein Maurerlehrling von dem fünften Geschoss eines Neubaus in die Tiefe und erlitt einen Bruch und mehrere Stichwunden. Es ist dies seit drei Wochen schon der dritte Unfallsfall.

Speyer. Am 27. Juni ist am Neubau der protestantischen Kirche der Maurer Jäger vom Burggarten abgestürzt. Er war sofort tot.

\* Die Bauarbeiterkommision in Altona hat am 18. und 19. Juni eine Bauarbeiterkontrolle vorgenommen, wobei sich ergeben hat, daß viele Unternehmer bestrebt gewesen sind, die bis dahin vorhandenen Gewerkschaften zu beseitigen. Es wurden vorgeholt 21 Neubauten und 9 Durchbauten, wobei 277 Maurer, 122 Zimmerer, 195 Bauarbeiter und 27 Maurer resp. Zimmerlehrlinge beschäftigt wurden. Am meisten Klage wird geführt über die schlechte Beschaffenheit der Arbeit. Auf einem Bau der Firma Härms & Winterstein befindet sich zwar auch eine derartige Verdichtungsanstalt, aber kein Arbeiter kann sie benennen, weil es dort kein Werkstatt oder Atelier für Eisenhalten kann. Es fehlt eben an der nötigen Reinigung und Desinfektion, die die Unternehmer wohl deshalb nicht vornehmen lassen, um den Arbeitern den Gewinn des Arbeitens zu verscheren, geht doch damit innerlich einige Zeit verloren. Ferner fehlt es auf den Bauten an Einrichtungen, um die schwangenen Mütter die erste Hilfe leisten zu können. Nun hat die Baugewerbe-Berufsgenossenschaft selbst darauf hingewiesen, daß beratende Einrichtungen an jedem Bau notwendig seien, doch der junge Herr Sorgentriedt meint, daß sei überflüssig, denn die Verbandsfürsorge jeder Arbeiter in der Weltentlastung. Diese Arbeit des jungen Herrn Unternehmers ist wirklich bemerkenswert. Nein, Befreier, auf jede größere Baustelle darf ein Verbandskasten, angefüllt mit Allem, was zur ersten Hilfeleistung notwendig ist. Und wenn diese befriedigte und gerechte Forderung bei den Unternehmern keine Verständigung findet, so werden die Arbeiter nicht unterlassen, unter Veröffentlichung der Namen der lässigen Unternehmer fortzusetzen an die Oeffentlichkeit zu appellieren, bis sie ihre Forderung anerkannt und durchgeführt sehen.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Maurer.

Ausgesperrt sind resp. im Streik befinden sich die Kollegen in Husum (Schleswig-Holstein), Friedland (Mecklenburg), Bötzow, Potsdam, Spandau, Neudamm, Frankfurt a. d. O., Rauten (Prov. Brandenburg), Weißwasser, Liegnitz (Schlesien), Elbing, Culmsee (Provinz Preußen), Zeitz, Bleicherode (Prov. Sachsen), Saalsdorf, Pöhlneck (Sachsen-Meiningen), Hasselfelde, Wiesbaden, Gießen (Prov. Hessen), Herford (Westfalen), Harburg.

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Bau „Karlshütte“ in Neudamm,

wurde. Der Müllschmelzofen war ungünstiger Weise gerade an der Stelle ausgenässt worden, wo vorher einst die Steinofenrohre gestanden hatte. Der ganze Boden zeigte sich mit Stein durchsetzt, das so lange schön und fest war. In dem Augenblick jedoch, wo es erwärmt wird, nimmt das Stein natürlich einen mülligen Zustand an, und — der Ofen füllt in den Boden. Da der Bau eines beratenden Ofens aber sehr kostspielig ist und eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, so nahm man nur einen Umbau desselben vor und hoffte, daß mittlerweile das Stein durchgebrannt sei. Als der Ofen wieder in Brand gelegt war, zeigte es sich, daß diese Hoffnung nicht berechtigt war; das eben erwärmte Schmelzofen wiederholte sich. Nachdem der Schmelzofen zum dritten Male infolge dieser wideriger Zufälle umgebaut war, konnten sich die Betreiber der Werke und Charlottenburger Stadtverwaltungen und des Polizeiviertels, sowie sonstige Interessenten wenigstens davon überzeugen, daß die Frage einer den berechtigten Anforderungen der Hygiene in jeder Hinsicht entsprechenden Müllbefestigung nunmehr gelöst sei.

Zur Einführung dieses Verfahrens hat sich nun die Gesellschaft „Müllschmelze“ gebildet, die einen neuen Ofen auf befreitem Boden baut, der Anfang des Jahres 1899 in Betrieb gebracht werden soll. Selbstverständlich muß das Material, welches eine Temperatur von 2000° C. aushalten soll, aus den besten Charnotsteinen bestehen. Beim Bau des ersten Ofens war man genötigt, daß am Markt vorhandene Charnotsteinmaterial zu verwenden, damit die Fertigstellung möglichst schnell erreicht wurde. Diese Steine, die sonst zu Dampfturbinenfeuerungen und Dampfkesseln verwendet werden, schmolzen aber bei der rießigen Hitze. Für den neuen Ofen gelang daher nur ein besonders angefertigter Zementstein zur Verminderung, der bis zu 2100° C. mit Sicherheit austihlt. Die Charnotsteine des ersten Ofens kosteten pro 1000 Stück A. 80, die steinsteine des neuen Ofens kosten dagegen pro Stück A. 10.

Um die immerhin Schmelzhöhe zu erzeugen, wird Kohlenstaubfeuerung angewendet. Ein Rost ist daher nicht erforderlich, sondern in den Ofen wird von oben Kohlenstaub automatisch durch einen Apparat hineingeworfen. Der Staub entzündet sich in bewulsteten Mörtern an der vorhandenen Glut und bildet die Gase. Der ganze Ofen bildet eine Feuermasse; man sieht keinen Feuerherd, sondern erblickt nur brennende Gase und diese schmelzen die Wüllmasse. Haben die heißen Gase hier ihre Arbeit verrichtet so gehen sie unter dem Ofen durch

Konow in Boizenburg (Elbe). Zucker- und Pulverfabrik in Schulen, Bau „Sacharinfabrik“ in Salbke bei Westerhüsen, Fischer in Köln-Nippes, Schmidt-Hoyer in Lüderitz, Fahr & Söhne in Ruhrtal, Förster in Adlershof, Neumann in Storkow, Pfeiffer in Lübben, Schwarz I und Mäschett in Nieder-Olm, Wilhelm & Karl Hännig in Neppen, G. Krohn, C. Wöhrling, H. Gädgens, D. Breuk, J. Bargmann, W. Timm, F. Bornholz, H. Fischer, P. Bolzen und H. Witt in Barnstedt, Scheel, Heids, Geyken, Willhöft, Martini, Heinrich Schadt in Bargteheide, Otto Gusung in Düsseldorf-Reisholz, Fennst in Bromberg, Maag in Hundsfeld-Breslau.

Buzung ist weiter fern zu halten von Danzig und Hannover. Wegen großer Arbeitslosigkeit von Rottbus.

\* \* \*

Der Streik in Regensburg ist am Mittwoch voriger Woche beendet worden. Am Montag war bereits dem Streikcomitee von driller Hand die Mitteilung gemacht worden, daß die Unternehmer geneigt seien, ihren ablehnenden Standpunkt zu verlassen und den Forderungen der Gefallen in ihren wichtigsten Punkten entgegen zu kommen. Am Dienstag früh waren an alle Anschlagplakate der Stadt außergewöhnlich große Plakate gesetzt, durch welche die Streiksteller zur Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 2. Juli d. J. aufgefordert wurden, während gleichzeitig die Streikenden durch Herauszehrung fremder Arbeitskräfte für die Streikenden durch Gewaltzehrung fremder Arbeitskräfte für die Arbeit aufgefordert werden. Diese Drohung war aber nur die Absicht des Plakates, der im zweiten Theil des Plakates auf den Unternehmern angetreten wurde. Der zweite Theil enthielt nämlich den Entwurf einer Arbeitsordnung, die den Forderungen der Gefallen zum größten Theil entsprach. Auf Grund dieses Angebots trat dann die Streikleitung unter Führung des Kollegen Silberschmid-Berlin mit den Unternehmern in Verhandlung, welche dann auch zum Frieden führten. Als bemerkenswerth ist noch herzoverdient, daß der Bürgermeister v. Stobäus abschließt, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Er erklärte der Streikleitung, daß er sich nicht verantwort fühle, sobald die Vermittlerrolle zu übernehmen, nachdem die Gefallen den Weg der Selbsthilfe betreten hätten. Dieses Verhalten des Stadtoberhauptes hat überall Bewundern hervorgerufen. So fordert der Regensburger Amz.: „Wir meinen, Herr v. Stobäus hätte als Oberster der Stadtbücher nicht nur alle Verantwaltung, sondern sogar die Pflicht gehabt, einen Streit zwischen zu helfen, der die Gemeinschaftsinteressen der Stadt in so bedenklicher Weise beeinträchtigt. Ein Einigungsversuch hätte unter den gegebenen Verhältnissen selbst der erwartet müssen, den von dem Verhandlungspunkt aus eine gefundne Sozialpolitik noch so gänzlich überblüht gehabt werden.“ Einigungen hat der Herr Bürgermeister befürchtet, er würde sich den Unwillen des Unternehmertums zuspielen, wenn er vermittelnd in den Streit eingegriffen würde und hat sich deshalb neutral verhalten. Den Streikenden kann es nur angenehm sein, daß die Sache so gekommen ist, sind sie doch jetzt Niemanden zu Dank verpflichtet. Die Regensburger Maurer haben einen moralischen und materiellen Sieg errungen, der um so wertvoller ist, als sie dazu keinen freuden Hilfe bedurften. Nur ihre Organisation, der Centralverband der Maurer Deutschlands, hat ihnen in dem schweren Kampfe der letzten Wochen getreulich zur Seite gestanden, und diesen werden sie so hoffen wir, stets eingesetzt sein, um die Errungenheiten dieses Kampfes hochzuhalten wie an einer anderen Stelle unseres Staates.

Aus Bielefeld ist zu berichten, daß es zu einer Einigung gekommen ist, wenn auch dabei ein nicht ganz befriedigendes

Resultat herausgekommen ist. Die Zwangsinnung hatte die Lohnverhöhung zunächst abgelehnt. Die Großunternehmer, welche sämmtlich dem Arbeitgeberbunde angehören, wollten aber einen Streit vermeiden und erklären sich zu weiterem Verhandeln bereit. Es kam zu folgendem Vergleich: 1—2 A. durchweg 2 A. Von der nächsten Lohnzahlung ab soll eine Lohnverhöhung von 2 A. eintreten. Lohnregelung ist ausgeschlossen. Streiksteller sollen durch beiderseitige Kommissionen geprüft und möglichst geschlichtet werden. Die Einigung wird vom 1. Juli ab aufgehoben; der Lohn wird alle 14 Tage und zwar Freitags Abends ausgezahlt. An den Tagen vor den hohen Feiertagen ist Abends eine Stunde früher freierabend ohne Lohnabzug. Auf allen größeren Bauten außerhalb des Dresdner Verbandsbereichs bereit gestellt werden. Die Forderung betrifft der Meister war nicht durchzusetzen, es bleibt den Maurern überlassen, darüber zu entscheiden. Einige Schlebungen, oder Verhöhlungen finden nun wohl noch statt, aber dieses zu ändern, ist den Verbund überlassen. Die infolge eines Streits bei den Kleinunternehmern arbeitslos werdenen Kollegen sollen bei den Großunternehmern nach Möglichkeit eingestellt werden. Die Großunternehmer haben den Antrag auf Aufzähnung der Zwangsinnung gestellt, darüber ist aber von den „Gewerken“ abgelehnt worden.

Die Sperre über die Bauten der Unternehmer G. Eichhorn-Lauda, A. Döbner-Schönen und A. Klingenberg ist aufgehoben worden.

In Nauen sind unsere Kollegen am Montag in den Streik eingetreten. Sie fordern 40 A. Mindestlohn. Für die Drei Bredow, Berge u. s. w. eine Stunde extra für die Laufzeit zu zahlen. Siegt die Arbeit weiter entfernt, so daß die Eisenbahnbenutzung werden muss und fällt die Fahrt vor 6 Uhr spät, so ist eine weitere Stunde zu vergüten. Die Kosten der Eisenbahnsafet haben die Unternehmer zu tragen. Allforarbeit soll ganzjährig in Westfalen kommen. Nebenjundens, Nachts- und Sonntagsarbeiten sollen nur ausgeführt werden, wenn elementare Ereignisse dazu drängen. In solchen Fällen, ebenso für Arbeiten in künstlicher Höhe, sowie Wasserarbeiten, sollen mit 20 A. Aufschlag pro Stunde bezahlt werden. Eisenzeug hat der Unternehmer zu lesen; benötigt der Gefelle eigenes Geschirr, so hat der Unternehmer für jeden angefangenen Tag 25 A. für Pinzel 20 A. zu zahlen. An den Tagen vor den hohen Feiertagen ist eine Stunde früher freierabend, unterwegs der Vesperpause, ohne Lohnabzug. Bei Landarbeiten hat der Unternehmer für ordnungsgemäßes Baubüro und Werkstatt zu sorgen.

Bei Kassel haben die Maurer am Montag die Arbeit eingestellt. Sie fordern 45 A. Stundenlohn. Die Unternehmer, so in der Annahme sind, wollen weiter für das Jahr noch für nächstes Jahr etwas bewilligen.

An Dienstag früh sind in Harburg die Maurer und Zimmermeister in den Streik eingetreten. Forderung 45 Stunden Arbeitzeit und 65 A. Stundenlohn. Die Unternehmer legen ab mit der Vergrößerung, daß die Gefallen erst im vorigen Jahre eine zehnprozentige Lohnverhöhung erhalten hätten. Auch setzt der Zentralunterhalt bisser und die Wege zu den Arbeitsstellen nicht so weit wie in Hamburg; darum, könne der Hamburger Tarif nicht in Harburg eingeführt werden. — In der letzten Versammlung vor dem Streik waren fast alle Maurer anwesend; 261 stimmen für und 88 gegen den Streik.

In Dresden ist über den Bau des Unternehmers Maag aus Hündorf die Sperre verhängt worden, weil er den mit den Dresdner Unternehmern abgeschlossenen Vertrag nicht respektieren will.

In Hamm (Sachsen) blieb es in acht Tagen zum Streik kommen. Die Kollegen wollen die 11-stündige Überarbeitszeit abschaffen.

Nicht gänzlich steht der Streik in Liegnitz. In der letzten Woche arbeiteten nur noch 30 Gefallen zu den alten Bedingungen und schon 142 zu den neuen; 44 befanden sich noch im Streik, während 88 abgereist waren. Von den 28 am Dienstag befindlichen Unternehmern haben 11 die Forderungen bewilligt.

Die Mitglieder des Unternehmertums sträuben sich noch; einige

zum Fuchs\*) Da diese Gase hier noch eine Temperatur von 1250° C. haben, so sollen sie zur Herstellung von Dampfspeisestoff ausgenutzt werden. Man hat die Möglichkeit, auf diese Weise bei Schmelzung des Berliner Gesamtminerals etwa 2000 Dampfströme pro Stunde zu gewinnen. Darauf wird natürlich die Rentabilität des Unternehmens bedeutend erhöht. Da aber die Schmelze technisch in mehrfacher Hinsicht verhindert ist, so wird auch hier wieder ein Geschäftspunkt an beratlichen sein, durch welchen die Kosten der Müllschmelzung bedeutend herabgeleitet werden können.

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte die Schmelzung des Müls in Berlin nicht leichter vorverfahren als die heutige der Magistrat von den Fuhrunternehmern erhebt, das sind 10 A. pro Kilometer. Bei voller Ausnutzung der überflüssigen Wärme dürfte sogar eine wesentliche Herabsetzung dieser Kosten eintreten.

Das Entfernen der Müllaschen in den Schmelzöfen soll noch verhindert werden; vorläufig ist auf dem Ofen eine große Einschränkung vorhanden, die aber durch doppelte, luftdichte schließende Deckel jedes Einzelne der Wärme aus dem Ofen verhindert. Der obere Deckel wird abgenommen, der unter bleibt geschlossen und auf diesen wird ein Kasten mit Müll geschnürt, der ziemlich den Raum zwischen beiden Deckeln ausfüllt. Sobald wird der obere Deckel geschlossen und durch eine Vorrichtung der untere, festen Klappen auch nach unten fallen, geöffnet, so daß der Kehricht durch eigenes Gewicht in eine schräg in den Ofen führende Röhre fällt. In dieser beginnt bereits die Verbrennung, denn eine Temperatur von 800 Grad Celsius trocknet das Müll vor und alle brennbaren Verbindstoffe verbrennen und liefern also Brennstoffmaterial für die Schmelzung der nicht brennbaren Bestandteile. Aus der Röhre kommt allmählich der nicht brennbare Reststoff, also Asche, Scherben, Eisen, Blei u. s. w. auf eine Feuerbrücke, wo 1200 bis 1400 Grad Hitze diese Stoffe erweichen und einen Kehricht herstellen zum Stein bringen, worauf die 2000 Grad des Schmelzofens alles flüssig machen, was in den Abfallstoffen vorhanden ist; diese flüssige Masse fließt ununterbrochen aus dem Ofen ab.

Bei den im Probeofen gewonnenen Schläden war man gewusst, sofort mit Wasser eine Wärmestraße vorzunehmen, damit die Wärmestände von dem Ofen weggeschafft und den nachstehenden Schläden Platz gemacht werden konnte. Aufsorge dieser

zählischen Wirkung ist das Rückstandsbprodukt sehr spröde. Im geregelten Betriebe wird zweimaliger Weise die Schläde nach und nach zur Erhaltung gebracht werden. Zumal ist verfügt worden, daß die Gefallen erst im vorigen Jahre eine zehnprozentige Lohnverhöhung erhalten hätten. Auch setzt der Zentralunterhalt bisser und die Wege zu den Arbeitsstellen nicht so weit wie in Hamburg; darum, könne der Hamburger Tarif nicht in Harburg eingeführt werden. — In der letzten Versammlung vor dem Streik waren fast alle Maurer anwesend; 261 stimmen für und 88 gegen den Streik.

In Dresden ist über den Bau des Unternehmers Maag aus Hündorf die Sperre verhängt worden, weil er den mit den Dresdner Unternehmern abgeschlossenen Vertrag nicht respektieren will.

In Hamm (Sachsen) blieb es in acht Tagen zum Streik kommen. Die Kollegen wollen die 11-stündige Überarbeitszeit abschaffen.

Nicht gänzlich steht der Streik in Liegnitz. In der letzten Woche arbeiteten nur noch 30 Gefallen zu den alten Bedingungen und schon 142 zu den neuen; 44 befanden sich noch im Streik, während 88 abgereist waren. Von den 28 am Dienstag befindlichen Unternehmern haben 11 die Forderungen bewilligt.

Die Übereleganz des Müllschmelzverfahrens gegenüber dem Verfahren der Feuerstahlverbrennung dürfte endgültig erst durch einen regulären Betrieb erbracht werden. Die vorläufigen Resultate berechtigen zweifelsohne zu den hohen Hoffnungen. Die Verbrennung des Müls durch Hitze wird in immer größerem Umfang zum Segen jedes Gemeinwesens, welches dasselbe einführt, in Zukunft der einzige rationelle Weg der Feuerstahlverbrennung sein. Die Erfindung des Müllschmelzverfahrens wird diese Entwicklung, die wie aus hingebungsvollen Erwägungen energisch anstreben müssen, befleckenigen.

Die gewohnten wie dem dem Dichterwort eine neue Seite ab, das da mit Wahrer Überlegung und freudigem Vertrauen sagt:

Wohlthätig ist des Feuer's Macht.  
Wenn sie der Mensch bezähmt, bewahrt!

\*) Fuchs heißt der Kanal, der zum Schornstein führt.



## Meichstag.

Am den Maurer-Herrn A. Dachne,  
stellv. Reichstagsabgeordneter Mitglied d. Reichsversicherungsamts.

Der Meichstag hat in seiner 203. Plenarsitzung den von  
den verbliebenen Abgeordneten vorgelegten

## Entwurf eines Gesetzes,

betrifft die Änderung der Unfallversicherungsgefege  
nebst Anlagen.

verändert angenommen und beschlossen, die zu dem gebrochenen  
Gesetzesentwurf beigelegten Petitionen durch die Beschluss-  
fassung über denselben für erledigt zu erklären.

Den gebrachten Abgeordneten deute ich mich vor diesem Be-  
schluss unter Bezugnahme auf die vom denselben bei dem  
Meichstage eingebrachten Petitionen garis ergeben zu be-  
nachrichtigen.

Den Herren Mitgliederzählnern der Petitionen hiervon  
gesetzlich Kenntnis zu geben, stelle ich ergeben anheim.

Knapp, Direktor.

Inbem ich Euch hiervon Kenntnis gebe, dankt ich zugleich  
für Eure thätige Mithilfe.

Als es uns auch diesmal noch nicht gelungen, alle unsere  
Vorholungen angenommen zu sehen, sind diese derselben von den  
Reichstagsabgeordneten als zu weitgehend abgelehnt worden. So sind  
doch verschiedene Verbesserungen unserer Anregung zu danken,  
wie es auch den Verketteten der Arbeiter im Meichstage gelungen,  
ist, durch das von uns zusammengestrahlte Material noch weiter  
gehende Verbesserungen zu verhindern.

Es soll uns dies ein Einsporn dafür sein, auch in Zukunft  
rücksichtlich die Uebelkunde aufzubauen und entsprechende zwisch-  
mäßige Änderungsbeschläge zu unterbreiten.

Da in nächster Zeit auch eine Änderung des Kranken-  
versicherungsgefege angekündigt ist, bei welcher es unter Anderem  
auf eine wesentliche Verkürzung der Rechte der Arbeiter ab-  
geht, so gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, um dies  
zu verhindern, und hoffe ich, daß Ihr auch hierbei thätig  
eintreten werdet.

Mit vollgestaltem Gruss  
A. Dachne, Vertretermann der Berliner Arbeitervertreter,  
Berlin N., Pfingsten. 17.

\* \* \*

Am 24. Juni tagte in Alt-Schrammberg die regelmäßige  
Mitgliederversammlung. In kurzen Worten schloßte der Kollege  
Deutschmann die Lage der Maurer von Städten und  
Umgegend. Er machte den Vorschlag, die diesjährige Lohn-  
bewegung noch etwas aufzuschieben, da die Konjunktur noch  
nicht recht günstig sei und die Kollegen in den Nachbarorten  
ihren Stell noch nicht beseitigt hätten. Außerdem erwähnte er  
die Kollegen, sich inzwischen noch fester zu organisieren und die  
Versammlungen noch vollzählerig und pünktlicher zu besuchen.  
Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung  
geschlossen.

Am 10. Juni hielt die Bahnhofstelle Annaburg die regelmäßige  
Mitgliederversammlung ab. Die letzte beschäftigte sich im  
ersten Punkt der Tagesordnung mit den Lohn- und Arbeits-  
verhältnissen am Orte. In der nächsten Zeit steht eine günstige  
Baumarktzeit in Aussicht, die wohl drei bis vier Jahre an-  
bauen kann. Es wurde beschlossen, in Erwartung geogen, ob  
es nicht angebracht sei, den Lohn, der gegenwärtig 80 & pro  
Stunde beträgt, zu erhöhen. Die Diskussion über diesen Punkt  
wurde abgebrochen und soll in der nächsten Versammlung fort-  
gesetzt werden. Sobald wirdt auf Anhören der Bahnhofstelle  
Wieder beschlossen, den dortigen Kollegen eine Befreiung aus  
Erbauung eines eigenen Verfamilienungslas zu gewähren. Zu  
diesem Zweck sollen zwei Kollegen von den Mitgliedern in den  
nächsten vier Wochen die freiwilligen Verträge entgegen nehmen.

Am 22. Juni fand die regelmäßige Mitgliederversammlung  
der Bahnhofstelle Berlin III (Stahlbauer) statt. Auf der Tages-  
ordnung stand: "Stellungnahme zum Streik der Stahlbauer, Körner-  
Gewerkschaftsleiter und Geschäftsführer." Zum ersten Punkt wurde  
beschlossen, daß von den Bürgern in den Geschäften, wo die  
Spanner die Arbeit niedergelegt haben, keinerlei Spannerei  
gemacht werden darf. In albernäher Zeit soll eine öffentliche  
Versammlung stattfinden, um genauere Informationen über den  
Streik der Spanner einzufangen. Im zweiten Punkt sprach  
Kollege Nieke über den Arbeitsnachweis und wie derselbe in  
Zukunft sich gestalten soll. Im vergangenen Jahre haben  
295 Mitglieder sich an den Arbeitsnachweis gewandt und 187  
sind durch denselben in Arbeit getrieben; die übrigen Kollegen  
haben sich wohl gemeldet, sind aber dann durch Umstände bei  
den Unternehmen eingestellt worden, was in Zukunft durchaus  
vermieden werden muss. Ein Ausgeben des Arbeitsnachweises  
ist durchaus nicht möglich. Wenn die Kollegen mit der jetzigen  
Einführung nicht zufrieden sind, so muß an der allen Gestaltung  
des Arbeitsnachweises zurückgegriffen werden, wodurch eine be-  
deutende Verbesserung sein würde. Durch Abstimmung wurde  
beschlossen, den Arbeitsnachweis in seiner gegenwärtigen Gestalt  
zu behalten. Nieke ermahnte die Kollegen, nun aber auch das  
Beschlossene hochzuhalten. Beziiglich der Verbreitung des  
"Grundstein" wurde Klage geführt, daß derselbe zu unregelmäßig  
durch die Paderborner Gesellschaft bestellt wird. Es wurde  
einstimmig beschlossen, denselben durch die Post zu bestellen. Mitgeheit wurde noch, daß der Verbandskollege August Tietz  
am 11. Juni gefordert, die Nachricht aber erst am 14. am Tage  
der Verbreitung, an die Verwaltung gelangt ist; das Abenteuer  
des Verförderten wurde durch Erheben von den Sigen gebebt.

Am 27. Juni tagte bei Feuerstein eine außerordentliche  
Mitgliederversammlung, um zu dem Zustand der Nachspanner  
Stellung zu nehmen und die eigenen Arbeitsverhältnisse zu er-  
klären. Nieke als Referent wies das unseres Lesers schon  
bekannte Ergebnis jener Lohnbewegung mit und behauptete, daß  
sich eine Anzahl Bürgern von den Unternehmen zur Ausführung  
von Spannerarbeiten hätten gebrauchen lassen. Man habe  
darauf gerechnet, daß kein einziger Spanner würde, nachdem  
früher dahingehende Verhältnisse gesetzt worden seien. Übrigens  
handelt es sich nur um elf Kollegen, wodurch noch vier aus-  
schließen, die auch sonst von Bürgern ausgeführte Spezialarbeiten  
gemacht hätten. Zweit wäre zu erwägen, ob es nicht an-  
gebracht sei, daß auch die Nachspanner eine Lohnveränderung  
fordern. Die Zeit ist äußerst günstig. Arbeitslose waren fast  
gänzlich vorhanden und größere Arbeiten standen in Hülle und  
Fülle in Aussicht. Bei einer Lohnbewegung wäre auch an die  
Befestigung der den Kollegen aufgebrachten Arbeitsordnung zu  
denken. Alle Diskussionsredner sprachen sich für eine Lohn-  
bewegung aus. Es wurde beschlossen, in eine solche einzutreten  
und einen Stundenlohn von 85 & (bisher 75 &) zu fordern,

der vom nächsten Montag ab gezahlt werden soll. Für Arbeiten  
außerhalb Berlins soll ein Wochentag von 14 & gefordert  
werden. Man wählt eine Kommission und beauftragt sie mit  
den erforderlichen Verhandlungen. Die Streitteilung wurde  
Niete übertragen. Ferner wurde beschlossen, am Montag nicht  
gleich bei allen Unternehmen, die nicht bewilligen, die Arbeit  
niederzulegen, sondern erforderlichenfalls erst bei den folgenden  
sechs Firmen: Gläser & Söhne, Wosow & Krauer,  
Böllner & Co., Wagner, Steels, Müller. In "Derselben" kam  
es noch zu einer Abschlußvereinbarung zwischen einigen  
Spannern und Bürgern über Verrichtung von Spannarbeiten  
durch die Letzteren. Der Vorstand und Niete ernannten darauf  
die Nachspanner, auch die geringste und nebenstehende Spann-  
arbeit zu verweigern.

Am 18. Juni, Abends 8 Uhr, tagte eine öffentliche Ver-  
sammlung der Bahnhofstelle Berlin IV (Bemitter und Berufs-  
genossen) bei Mümann, Brunnenstr. 188. Der Referent, Kollege  
W. Schulz, legte in einer 1½ stündigen, gut durchdachten  
Rede den Anwendungen der gewerkschaftlichen Bewegung des  
20. Jahrhunderts bar und erzielte großen Erfolg. An der  
darauffolgenden Diskussion beschäftigten sich die Kollegen Nieke  
und Wenzler recht rege. In "Verbandsangelegenheiten"  
fand die Versammlung einstimmig den Besluß, die Entlassung  
des Kollegen Hönn von der Deutschen Bemittergenossenschaft  
als Maßregelung anzusehen und die Firma bis auf Weiteres  
zu sperren.

Am 20. Juni, Abends 8 Uhr, fand in Winkel's Lokal in  
Brandenburg a. d. H. eine Extra-Mitgliederversammlung  
statt mit der Tagesordnung: "Öffentliche Angelegenheiten betreffs  
der Sammlung zum Streikfonds". Es wurde nochmals der  
Besluß der letzten Februarversammlung vorgelesen, welcher  
folgendermaßen lautet: Der Beitrag zum Streikfonds beträgt  
wohlentlich 10 &, jedoch soll jede Woche im Monat eine  
öffentliche Marke & 25 & an Nieden. Diesem Besluß sind nun  
die Kollegen D. Dietrich, F. Witzel, F. Martius,  
F. Stärker und W. Schröder nicht nachgekommen, sie weigern  
sich, diesen Beitrag zu zahlen. Sie waren deshalb an dieser  
Versammlung dreifach geladen, hatten es aber vorgezogen, nicht  
zu erscheinen. Die Mitglieder erblickten hierin einen Verstoß  
gegen § 4, Abs. 4 des Statuts und stellten den Antrag auf  
Auszug aus dem Verbande. Dieser Antrag wurde nach  
langer Debatte gegen zwei Stimmen angenommen. Nachdem  
erfolgte Schluß der Versammlung.

In der am 20. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung  
der Bahnhofstelle Charlottenburg hielt Kollege W. Schulz  
einen ebenfalls aufgenommenen Vortrag über: "Zweck und Nutzen  
des Centralverbandes". Neben stellte fest, daß es mit Hilfe  
des Verbands gelungen sei, in den meisten Orten, wo noch 12  
bis 18 Stunden gearbeitet wurde, die Arbeitszeit unter gleich-  
zeitiger Lohnveränderung auf 10—11 Stunden festzulegen; in 14  
Orten beträgt die Arbeitszeit nur noch 9 Stunden. Zur nächsten  
Aufgabe habe es sich der Verband gemacht, sobald wie möglich  
in Orten, wo mehr als 10 Stunden gearbeitet werde, die Arbeits-  
zeit auf 10 Stunden herabzurücken und dementsprechend auch  
den dort gezahlten Lohn von 22 und 25 & auf mindestens 20  
bis 25 & zu erhöhen. Der Verband zählt jetzt 90.000 Mit-  
glieder, welche auf 900 Bahnhöfen vertheilt sind. Diskussion  
fand nicht statt. Kollege Schulz erstaute abgann Bericht über  
die am 12. Juni vorgenommene Bautelefon. Demnächst wurden  
kontrolliert 789 Bauten mit 8401 Kollegen. Davon erhalten  
977 Kollegen einen Stundenlohn von 65—70 &, 7282 einen  
solchen von 82 & 98 einen solchen unter 82 &. Außerdem wurden  
noch 26 Bauten ermittelt, wo 348 Arbeitermauer  
beschäftigt sind. Den Vertragsbestimmungen annehmen genügt  
587 Bauten und leider nur 222 Aborte. Im Weiteren wurde  
eine Angelegenheit, den früheren Käffner betreffend, zur Ab-  
berichtigung der Verwaltung erlebt. Ein Kollege wurde hierauf  
wegen Arbeitermauer ausgeschlossen; außerdem wurde einigen  
Freunden das Überhundertmauer verboten. Nachdem noch  
einiges über die Sitzungen der Bahnhofstelle berichtet  
wurde, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf  
das weitere Gedeln des Verbandes geschlossen.

In Düsseldorf beabsichtigen die Unternehmer die zentral-  
organisierte Maurer auszusperren. Diejenigen schwärzen  
diesen nichts genutzt haben, verucht man jetzt, den Central-  
verband, resp. die Bahnhofstelle Düsseldorf auf dem Wege der  
Ausplattung zu zerstören. Hoffentlich wird dieses aber nur  
ein Wunsch der Unternehmer bleiben. Bei jeder kleinen Ver-  
einfachung heißt es: "Verbandsmauer werden entlassen". Auf  
den Bauten, wo noch Maurer angestellt werden, fragen die  
Faktore oder Unternehmer erst, ob der Arbeitssuchende auch dem  
Verbande angehört. Die Unternehmer haben mit aller An-  
strengung ver sucht, Maurer aus solchen Gegenden heran zu  
holen, wo man von der Organisation noch keine Ahnung hat.  
Zum größten Theil gelingt es den hierigen Kollegen, diejenigen  
die Notwendigkeit der Organisation beizubringen. Es  
ist nur einmal Thatsache, daß ein organisierter Arbeiter immer  
bestrebt ist, seine Lage zu verbessern. In dem Vorort Reisholz,  
wo augenblicklich mehrere große Fabrikneubauten aufgeführt  
werden, hatten am 7. Juni 26 Kollegen bei der Firma  
Wehland & Höber die Arbeit niedergelegt, weil sie länger  
als 10 Stunden arbeiten sollten. Dem Vertragsmann, Kollegen  
Lüder, gelang es nach mehrmaliger Unterhandlung, daß die  
Firma die Erklärung abgab, daß in Zukunft nur 10 Stunden  
gearbeitet und außerdem pro Tag 1 Stunde extra für Landgeld  
gezahlt werden sollte. Nachdem die Arbeit vier Tage geruht  
hatte, bewilligte die Firma auch die geforderten 50 & Stunden  
lohn (bisher wurde 48 & gezahlt). Hierdurch angeföhrt,  
stellten die Kollegen bei dem Unternehmer O. Husing auf zwei  
Faktore ebenfalls die Forderung, daß sie in Zukunft auch  
50 & Stundenlohn erhalten. Die Antwort war aber, daß auf jeder  
Baufläche 10 dieser unzureichenden Kollegen entlassen werden  
sollten. Die Gelehrten ließen es aber nicht zur angekündigten Maß-  
regel kommen, sondern legten geschlossen (86 Kollegen)  
die Arbeit nieder. Da nun die Faktore erklärt haben, keine  
zentralorganisierte Maurer mehr beschäftigen zu wollen, und sich  
außerdem das Agitieren sowie das Sammeln für den Streikfonds  
auf den Bauten verbreitet, wurde eine öffentliche Verammlung  
am 24. Juni über beide Fabrikneubauten im Vorort Reisholz  
welche von O. Husing ausgeführt werden, so lange die Sperrre  
auferhängt, bis auch hier die 50 & Stundenlohn bestätigt  
sind. Nach den Kollegen, welche noch dort arbeiten und sich  
am Streik organisierte Maurer nennen, wird sich eine der nächsten  
Mitgliederversammlungen beschäftigen.

Die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe ist, so wie uns  
aus Eßenerberg geschrieben, keine exzessive, was wohl auf  
den gleichen Stand der Tegel- und Tabakindustrie zurück-  
zuführen ist. Erklären sehen sich verschiedenen Kollegen veranlaßt,  
zwei Stunden zu machen. So wird z. B. an dem Neubau einer  
Villa in dem Nachbarorte Gippe trotz Auftrag, wonach die  
Arbeitszeit früh um 6 Uhr beginnt und, infolge einer Sonne  
Mittags, und je einer halben Stunde Frühstück und Besperpaus,  
um 7 Uhr Abends endet, von sogenannten Guistern langer  
gearbeitet. Ob sie das tun, weil sie vom Bauherrn beim  
Hedesteuer mit Semmel und Brot traktirt wurden, oder ob der  
Bauarbeiter B. für sein schnelliges Aufstellen bei früherer Fertig-  
stellung der Villa ein Diplom erhielt, konnte noch nicht ermittelt  
werden. Das Beste bei der Sache ist, daß den an anderen  
Bauten beschäftigten Arbeitern, die ebenfalls zur Hedesteuer ein-  
geladen worden waren, am Vormittag der Lohn getztzt werden  
sollte für die Zeit, die sie während des Schmaus gesessen  
waren. Test auf ihren entschiedenen Protest wurde ihnen der  
Lohn voll ausgeschüttet. Es ist die höchste Zeit, daß sich die  
Kollegen sammt und sonders der Organisation anschließen, um  
die Mißstände aus der Welt zu schaffen. Ein einzelner Kollege  
vermag dies nicht.

Eine Mitgliederversammlung der Bahnhofstelle Hamburg fand  
am 21. Juni in der Lessinghalle statt. Es wurde zunächst  
der Bericht für Stielarbeiter berathen und auch nach kurzer  
Debatte angenommen. Für die im Stielbau beschäftigten  
Kollegen soll noch eine Versammlung stattfinden, die sich mit  
der Angelegenheit beschäftigt. Ein Antrag der Verwaltung,  
betreffend die Kontrolle des Lokalfonds, wurde angenommen.  
Dieselbe lautet: "Zweck Kontrolle über die geleisteten Lokal-  
fondstritte hat jedes Mitglied der Bahnhofstelle Hamburg bis  
15. Oktober keine Rüttungskartei der der Verwaltung, resp. der  
Hülfekartotheken in den einzelnen Stadtteilen, vorzulegen.  
Delegierten, welche mindestens 20 Vertragsmarken gehabt haben,  
erhalten im Mitgliedsbuch einen Kontrollstempel." Den Bericht  
von Gewerkschaftsräten erstattete H. Kober. Bei der ziemlich  
lebhaften Debatte fragte H. Kober, ob der Berichtsstelle die  
berechtigte Behandlung unserer Delegierten und Käffner in den  
Delegiertenversammlungen abschließend habe fehlen lassen. Kober  
bejaht dies, da die Haltung der Delegierten ihm hierzu Ver-  
lasse gegeben. C. Henle schüberte ausführlich, wie dieser  
Konflikt entstanden ist. Die hierarchische Stimmung im Käffner für  
das Arbeiterssekretariat läßt keine sachlichen Gründe zu ihrem  
Erscheinen. Die Opposition der Maurer gegen das  
Sekretariat und auch der Umstand, daß die Maurer  
als leistungsfähige Organisation mit ihren Befürwortern im  
Rückstand seien, haben zu dieser gereizten Stimmung  
mit beigetragen. Paetzold stellte den Antrag: "Die Bahnhofstelle  
Hamburg beantragt ihre Kartelldelegierten, in einer der nächsten  
Kartellversammlungen zu beantragen, daß Hamburgs Gewerkschafts-  
kartothek hat sich, sobald das Arbeiterssekretariat eröffnet  
ist, aufzulösen." Zur Begründung führt der Käffnersteller aus,  
daß ihm nicht die legitime Haltung des Käffnerstellers gegen das  
Hamburger Kartell zu seinem Antrage gefüllt sei. Ein Gewerkschaftsrat  
gegen aller Kartelle, sowohl sie besondere Vereine darstellen,  
Werträge erheben und eine Art Verwaltungsfähigkeit entfalten.  
Die Gewerkschaftsräte mögen als Zentralpunkte abgrenzen, die  
Organisationen sehr wohl am Platze sein, in der Zeit der  
Centralorganisationen seien sie überflüssig, vielfach sogar hinderlich.  
Die großen Gewerkschaften brauchen die finanzielle Hilfe der  
Gewerkschaftsräte nicht und der Entwicklung der jetzt noch  
schwächeren Gewerkschaften würde es nur föderlich sein, wenn  
sie sich nicht bei den meisten Unternehmen auf die Kartelle  
führen könnten, sondern zu ihrer Kräftigung die eigenen Glieder-  
nach regeln müßten. Die sonstige Thätigkeit der Kartelle  
würde hinsichtlich durch die Errichtung des Arbeiterssekretariats,  
das zu nunmehr gefestigt sei. Ein Gewerkschaftsrat in bis-  
heutigen Zeiten, eine Körperchaft, die ständige Werträge erhebt,  
sei neben den Centralverbänden und den Arbeiterssekretariaten  
ein überflüssiges Ding von der Welt. Der Antragsteller will  
nun keineswegs die Verbindungen der Hamburgischen Gewerkschaften  
untereinander aufheben. Gleichwie die Vorstände der  
Centralvereine sich über Angelegenheiten verständigen müssen,  
die nicht nur eine Gewerkschaft angehen, so müssen auch die  
Verbindungen der örtlichen Filialen oder Bahnhöfen gemeinsam  
gestellt werden. Die Tatsache, daß die ganze Gewerkschafts-  
leiter des Ortes berathen, damit jederzeit eine einheitliche und  
kräftige Aktionsfähigkeit vorhanden ist. Um dies zu erzielen,  
bedarf es aber nicht der Delegation von 10—15 Abgeordneten  
in ein Kartell, sondern es genügt, wenn die Bevölkerung  
der Gewerkschaften in zu bestimmten Freistäten und bei außer-  
ordentlichen Anlässen zusammen treten, über die zu unternehmende  
Schritte berathen und in ihren eigenen Gewerkschaften für die  
Durchführung der so notwendig erkannten Beschlüsse eintragen.  
Eine aus den Reihen der Bevölkerung zu wählende Kommission,  
von etwa fünf Mann, die für die Einberufung von  
allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen zu raten, zu sorgen haben  
würde, denkt Käffnersteller sich gleichzeitig als Vorstand des  
Arbeiterssekretariats. Die nötigen förmlichen Arbeiten dieser  
Kommission hätte das Sekretariat zu übernehmen und nach  
Abreise der Kommission auszuführen. Aufgewandte Ausgaben  
würden auf dem Wege des Umlagerverfahrens zu  
bedenken sein; regelmäßige Werträge, außer zum Sekretariat,  
dürften nicht erhoben werden. — Nachdem noch A. Richter  
und H. Kober ihre Meinung zu dem Antrage geäußert hatten,  
der derselbe gegen fünf Stimmen angenommen, hierauf  
verließ der Käffnersteller die Abrechnung. Im Monat Mai hatte  
die Hauptstelle eine Einnahme und Ausgabe von M. 922,45 und Ausgabe  
von M. 544,28 zu verzeichnen, so daß ein Kostenbestand von  
M. 376,82 verbleibt. Beim letzten Punkt: "Kontroll und die  
Arbeit hier am Orte", berichtete der Bevölkerung, daß in  
der letzten Zeit verschiedene Unternehmer besuchten, den Käffner  
um durchzubrechen. Ebenfalls hat eine Kolonne Italiener ein-  
geföhrt und soll diesen Leuten nur 50 & Stundenlohn zahlen.  
Der Unternehmer Rosenbaum — Mitglied des Zinnungsbundes  
— hat die bei ihm tätigen Maurer einen Nevers unterzeichnet  
lassen, wonach die Besuchenden auf die im § 616 des  
Bürgerlichen Gesetzbuches garantierten Neves verzichten. Be-  
völkerung unterzeichnet worden ist. Es wird gebeten, in Zukunft  
entweder die Unterschrift zu verweigern. Sehr standhaft  
zu standhaft schienen nach den Schilderungen einiger Redner beim  
Sekretariat vorwärts zu gehen. Der Unternehmer Rosenthal soll ganz besonders das Wohlwollen der Bau-  
deputation garantieren. Ob hier oder fünf Schichten ausgespielt  
werden, darum stimmt sich kein Mensch. Ein Beispiel der  
Sekretarien sei zur Charakteristik kurz erwähnt. 20 Maurer sollen  
in acht bis neun Stunden 30.980 Steine vermauert haben.

Selbstsinn wäre im Interesse der Stadt eine schärfere Kontrolle seitens der Baubehörden geboten. — Der Tarif für Siedlungsarbeiten ist am Montag vor den Unternehmern Lohse (beschäftigt etwa 60 Männer), Eggert (15) und Paul Edler (14) anerkannt worden. Geweigert haben sich vorläufig Kreiby und

Bühlring. Bei Bühlring blieben sechs Männer bei der Arbeit, von denen einer so arbeitsunfähig war, daß er den Sitzgraden überwarf und topfweise hineinstürzte. Die Bergungslücke mußte per Droschke in seine Wohnung befördert werden. Die übergroße Mehrzahl der Steinbaumaister wird also von jetzt ab im Tagelohn, pro Stunde 85,-, arbeiten. Überstunden werden der allgemeinen Arbeitsordnung entsprechend bezahlt. Künftige Arbeitsunterbrechungen infolge Wasserantranges und ähnlicher Vorcommissen werden als Arbeitszeit gerechnet.

Am 21. Juni tagte im Lamprecht'schen Lokal eine Mitgliederversammlung der Bahlstädter Harzburg. Nachdem die gesetzlichen Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erstattete der erste Bevollmächtigte, Kollege W. H. L. M. L. B. R. C. Bericht über die Arbeitsleistung der Mitglieder in den Monaten Dezember 1899 und Januar, Februar, März 1900. Am Dreien waren circa 900 Männer mohnhaft, davon gehörten durchschnittlich dem Verband an 228. Statistischhaber haben erhalten 204; Statistischhaber haben abgeliefert 168, davon sind thellweise unbrauchbar gewesen 8, mithin verbleiben 165. Werktag waren in den 4 Monaten 101, davon entfielen auf Dezember 1899: 24 Tage; auf Januar 1900: 26 Tage; Februar: 24 Tage; März: 27 Tage. Das Alter stellt sich wie folgt: bis zu 20 Jahren 9, von 20 bis 25 Jahren 81, von 25 bis 30 Jahren 35, von 30 bis 35 Jahren 28, von 35 bis 40 Jahren 34, von 40 bis 45 Jahren 20, von 45 bis 50 Jahren 6, von 50 bis 55 Jahren 6, von 55 bis 60 Jahren 8, über 60 Jahre 1 Mitglied. Die 165 Kollegen haben zusammen 10 165/ $\frac{1}{4}$  Tage gearbeitet. Dabon entfielen auf Dezember 1899: 2105 Tage, mägt für den Einzelnen 13 $\frac{1}{4}$  Tage. Januar 1900: 2557 $\frac{1}{4}$  Tage, für den Einzelnen 15 $\frac{1}{4}$  Tage. Februar: 2172 $\frac{1}{4}$  Tage, für den Einzelnen 13 $\frac{1}{4}$  Tage. März: 8829 Tage, für den Einzelnen 15 $\frac{1}{4}$  Tage.

Eingelten 20% Tag; Gefetzl reb. nicht gearbeitet haben die 165 Kollegen zusammen 8740½ Tage. Davor entfielen auf Dezember 1899: 1889½ Tage, für den Eingelten 11½ Tage; auf Januar 1900: 1745½ Tage, für den Eingelten 10½ Tage; Februar: 1828½ Tage, für den Eingelten 11½ Tage; März: 1179½ Tage, für den Eingelten 7½ Tage. Von diesen als gefetzl. angegebenen 8740½ Tagen entfielen: 1. wegen Arbeitsmangels 1886 Tage; 2. wegen Mitterungsschärfenisse 4534½ Tage; 3. wegen Krankheit 689½ Tage. Außerdem waren 19 Kollegen 158½ Tage anderer Beschäftigung in Arbeit. Davor entfielen auf Dezember 1899: 108 Tage; Januar 1900: 47½ Tage; Februar: 2 Tage; März: 4 Tage. Von diesen 165 Kollegen waren verheirathet 114, ledig 51. Die Zahl der Kinder und sonstigen Angehörigen, die deren Ernährung zu sorgen war, betrug 97; bei 18 Kollegen trug die Frau zur Ernährung der Familie resp. zur Erhaltung beiderlei mit bei, d. h. sie musste mit der Diensten auf Haushalt hinzu, bei 4 Kollegen müssen die beiden miteinander; Landwirtschaft betrieben nebenbei 10 Kollegen. Die Größe der Fläche beträgt insgesamt ein Hektar 8¾ Morgen und 110 Quadratmeter. Diese Kollegen wohnen meist außerhalb der Stadt. Haushaltsgünstler waren 12 Kollegen, zur Miete wohnten 159, die zusammen das Jahr M. 28 686 Miete zahlten. Der Durchschnitt für den Eingelten wäre demnach M. 174,88. Hierbei sind die Bedingungen mit einbezogen, welche meist auf Dörflichkeit sind und die Miete nicht mit angegeben haben. Abgesehen habe 16 je ein Zimmer. Arbeitgeber hatten die 185 Kollegen im letzten Jahre zusammen 898, für den einzelnen prozentual 2,4. Gearbeitet wurde insgesamt in 243 Orten.

für den einzelnen 1.5. Redner behauptete, daß viele Kollegen dem Werth der Statistik noch nicht begriffen haben und manch' Fragebogen zum Theil sehr mangelfhaft ausgefüllt seien. Er giebt sich der Hoffnung hin, daß in Zukunft ein besseres Resultat erzielt wird. Im Punkte Verschiedenes wurde hervorgehoben, daß die Kollegen Nr. 183 an Maimarken aufgebracht haben, welche Kollegen haben gesiezt und trocken L. für Maimarken geopfert. Alsdann wurde die Altvorarbeit besprochen und betont, daß diese Sache als geregt als betrachtet sei. Alsdann wurde die Entschädigung für die Mitglieder der Bauarbeiterkommission besprochen und beschlossen, daß Entschädigung für Versammlunge u. w., bei Kontrolle der Bauten und Sitzungen u. w. gleichmäßig zu gestalten sei, gleichviel, ob ein Thüler, Töpfer u. w. beteiligt sei. Es sei der höchste ortsübliche Arbeitlohn resp. Stundenlohn hier am Ode (60 resp. 65 & die Stunden auszuzeichnen. Hervorgehoben wurde, daß die Mitglieder, welche in ihrem Berufe einen niedrigeren Stundenlohn erhalten, in dieser Kommission dasselbe zu beanspruchen haben wie die höheren Maurer und Zimmerer. Ferner wurde beschlossen, daß die Kollegen, welche dem Gewerbe angehören, keine Abschlägen oder Verkürzungen betreffs der Beiträge gewährt werden können und sie sich den Beschlüssen zu fügen haben wie die übrigen Kollegen. Alsdann wurden noch die Baulegitimen an ihre Pflicht erinnert und hervorgehoben, mehr für die Organisation zu wirken und die Pflicht streng zu kontrollieren.

In Hof fanden in letzter Zeit zwei stark besuchte Versammlungen statt. Die erste, welche am 17. Juni, lagte und von 116 Städternen und 35 deutschen Kollegen besucht war, bestätigte sich mit der Tagesordnung: "Die Lage der Maurer an Orte und der Umgegend." Die zweite Versammlung fand am 28. Juni statt und war von 60 deutschen und 150 italienischen Maurern besucht. Kollege Merkel aus Nürnberg war zu beiden Versammlungen als Referent erschienen. In seinen leichten Vorträge behandelte er hauptsächlich die Befreiungen des Maurerstandes im Gegensatz zu den Bestrebungen der Unternehmer's Organisation. In der ersten Versammlung wurde beschlossen, da's hier, bei Maurern, herzlich früher aufzufallen

schlossen, die vom den Mauern bereits früher ausstießende Forderungen dem Vorsteher des Unternehmers Beobachtung für das Baugeschäfte zu überreichen mit den Erfüllungen, darauf bis zum 1. Juli der Gesellschaft die Antwort der Unternehmen mitzuhelfen. Wenn dies dahin eine Antwort nicht erfolgt, dann soll eine am 7. Juli stattfindende Versammlung die weiter in dieser Angelegenheit zu unterscheidenden Schritte beschließen. In beiden Versammlungen wurden heil hafteinigen Kollegen die Verhandlungen von ihren Landsleuten D e r e s e und G a v e r o überreicht. Die Vorträge und Beschlüsse wurden auch von den Staatenen mit großem Beifall aufgenommen.

Die Gesellschaft und am 20. Juni eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher der Kollege Barnstorff aus Hannover als Referent erschien war. Nachdem Kollege Barnstorff sich seines Vortrages über: „Die Nothwendigkeit der Organisation“ entledigt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. Juni im Lokal des Herrn

Böllmer tagende öffentliche Maurerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Alle Deutschen sind bereit, es wird als nothwendig erachtet, um Deutsche ein Zentralverein der Maurer Deutschlands einzurichten.

Um 14. Juni fand in Züttendorf eine öffentliche Versammlung der Maurer statt, um Stellung zu nehmen gegen die Aufforderheit Es hatte sich trotz des Versammlungsbeschlusses

Affordorbarkeit. Es hatte sich trotz des Veramtungsbefreiungsbuches vom 4. Februar d. J. doch der Affordorbarkeit eingeglichen. Nach Klärlegung der Schädlichkeit derfelben würde nach heftiger Diskussion folgende Resolution angenommen: *Zum Beschluss der öffentlichen Versammlung, vom 4. Februar d. J. haben die Männer Alsterboog und Umgegend sich verpflichtet, Affordorbarkeit irgend welcher Art nicht auszuüben, selbstverständl. haben sie das in Collektiv, sofern sie nicht im Interesse der Gemeinde schädlich werden.*

solche Kollegen, welche nicht in der Umgegend Silberberg wohnen oder hier in Elster sieben, diesem Beschluss zu folgen. Da es leider trotz dieses Beschlusses der Fall ist, daß in Altorf gearbeitet wird, beschließt die heutige Versammlung: 1. Diejenigen Kollegen, welche in Altorf arbeiten, haben die Pflicht am Sonnabend, den 16. d. M., die Altorfarder nieberzulegen und im Tabaklohn zu arbeiten. 2. Jeder Kollege, dem von Unternehmer oder seinem Bauleiter angeboten wird, in Altorf zu arbeiten, hat dieses ganz entschieden abzulehnen. Sollte es deshalb genehmigt werden, so hat er sich sofort bei der Lohnkommission zu melden, diese hat sofort mit dem Bauleiter in Unterhandlung zu treten. Sollte diesbezügliche Resultatlosigkeit die Kommission die Pflicht, die Entstiftung der Gewerke regelst mit allem Nachdruck zu verlangen, soweit es gelegentlich zuläßt ist. Dasselbe gilt auch für die, welche schon in Altorf arbeiten. 8. Sollte sich dennoch Kollegen finden, die ungehindert weiter in Altorf arbeiten, so beschließt die Versammlung, daß beide Organisationen die Ehrenpistole haben, diese aus derfelben zu entfernen. Am Sonntag, den 17. Juni, soll abermals eine Versammlung statt mit der gleichen Tagesordnung, in welcher Kollege M. Schäfer aus Berlin referierte. Derselbe sprach in Harsleben über die Schäßbude des Altorfarder. Es wurde daraufhin ein noch folgender Beschluss eröffnet: Die Kollegen müssen

darum hin noch folgender Bezugshinweis: Da sieben, wenig verdächtig sind, in Alford zu arbeiten, haben die Arbeit mit anderen Kollegen zu tauschen. Dies soll der Beweis dafür sein, daß sie keine Alfordarbeit ausführten. Weilgen sie sich, andere Arbeit anzunehmen, so wird daraus der Schluß gezogen, daß sie dennoch in Alford arbeiten. Diese Kollegen sind dann von der Organisation auszuweichen. Zugang ist tern zu halten.

Am 24. Junit tagte in Kreuznach eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Obwohl die Zahlstelle, als sie vor einem halben Jahre in's Leben trat, nur neun Mitglieder zählte, ist sie jetzt hauptsächlich durch die Bemühungen der Agitationskommission in Mainz auf 160 Mitglieder angewachsen. Leider waren aber zu dieser Versammlung nur 40 Mitglieder erschienen. Vorherige Kollegie Schlarp sein Bedauern ausgesprach und die Mitglieder erfuhr, für besseren und pünktlicheren Veranlumungsbefuß in Zukunft Sorge zu tragen. Sodann referierte Kollege Silber-Mainz über die Frage: Wie soll eine Zahlstelle richtig geführt und vermalet werden? In seinen Ausführungen legte Redner die Pflichten klar, die jedes einzelne Mitglied der britischen Verwaltung mit der Übernahme seines Postens einzufüllen wisse. Leider ist dies bisher nicht beachtet worden. Dafürher Verwaltung ist in der Erstellung ihrer Pflichten ebenfalls gewesen. Nur der Kollege Schlarp hat hieron eine rühmliche Ausnahme gemacht. Bei der Neuwahl der britischen Verwaltung wurde Kollege Fritz Ebber als erster Abovollmächtigter und Fritz Schlarp als erster Kassiführer gewählt. Nach Erledigung einiger minder wichtiger Angelegenheiten erfolgte Schluss der Veranlumung.

Zu dem Bericht aus Langenberg in Nr. 26 des „Grimstein“ schreibt uns die Redaktion der „Weimarer Tribüne“, daß die Langenberger Kollegen absolut kein Grund vorlegen sich über „barbarische Künste“ und „hämische“ Bewertungen seitens der Redaktion der „Tribüne“ zu beschlagen. Die „Tribüne“ war aus Langenberg folgender Bericht zugegangen: „Langenberg. Die Vergebung der Maurerkarolinen als Friedhofslapelle an Kommissionsbaudirektor Hirsch in Greiz hat allenfalls Aufregung hervergerufen, namentlich unter den hiesigen Maurern, die mit Recht die Frage aufwerfen: Bist du mir denn nicht auch Steuern? Man hätte bei dem gegenwärtigen schlechten Geschäftszug erwarten sollen, daß zur Uebergabe von Geboten nur hiesige Unternehmer zugelassen würden; dann könnte es nicht vorkommen, daß ein Auswärtiger die Arbeit erhielt. Ob man nun nachträglich denselben verlasslich fand, nur hiesige Maurer zu beschäftigen, ist sehr fraglich. Gemeinderat ist allerdings seinem früher gefahrene Bevölkerungstreu geblieben: wer die billigste Offerte abgabt, bekommt die Arbeit. Ob das nun allemal richtig ist, darf nach dem so sprachlosen Valle stark bezweifelt werden.“ Dieser Bericht stammt von einem Langenberger Maurer, und die Redaktion der „Tribüne“ mußte des guten Glaubens sein, daß sie in diesem Bericht die Stimmung der Langenberger Maurer wiederholt. Wenn also die Redaktion einen zweiten Eingesandt, in welches die Aufregung bestritten wird, den harmlosen Satz anhängt: Da scheint ja die Stimmung unter den Langenberger Maurern sehr ähnlich umgestülpt zu sein – so hat sie damals keineswegs die Langenberger Maurer als „Drehscheibenpolitier“ bezeichnet, sondern nur ihrer Verwunderung Ausdruck gegeben, daß eine so einfache Angelegenheit heute so und morgen so berichtet werden kann. Von einem „barbarischen Künste“ des zweiten Eingesandts kann nach Mittheilung der Redaktion der „Tribüne“ noch weniger die Rede sein. Darnach ist nur eine wenig geschmacklose Untertreibung des mutmaßlichen Einflusses des ersten Berichts gestrichen und im Uebrigen sind einige stilistische Änderungen vorgenommen worden, wie sie jede Redaktion

Um 20. Punkt hielt die Bärbelste Lüden ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege Twiehau einen Vortrag hielt über: „Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers aus dem gewerbetreibenden Arbeitsverhältnis“. Nebener führte er aus, daß durch die §§ 615, 616 des B.G.B. den Arbeitnehmern gewisse Vorrechte geschaffen seien, beachtet aber, daß es in Fällen zugelassen sei, daß diese Bestimmungen durch Vergleich aufgehoben werden könnten, und forderte am Schluß seiner Aufführungen die Kollegen auf, eifrig für den weiteren Ausbau im Verbund zu sorgen, damit, wenn die Unternehmer mit solchen Vereinbarungen an diefeleten herantrete, diese stark genug für diefeleten zurück zu weisen. Zum zweiten Punkt: „Wohl eines Schriftstellers“ wurde Kollege Twiehau als gewählt. Es wurde dann noch beschlossen, am 26. August im „Lindenholz“ ein Sommerfestzügen zu veranstalten. Da sich hierüber eine lebhafte Debatte entpuppte, mußte der dritte Punkt: „Bericht über die

statistischen Aufnahmen für Zumi", bis zur nächsten Versammlung verschoben werden.

In der Bürgsleiderversammlung der Bürgsleide Lübeck vom 20. Juni wurde ein Alt, brutal Unternehmerwillkür zur Sprache gebracht. Der Maurermeister Bahn hat einen Patentbauten auszuführen, und dem Meister war jedoch so in Lübeck keine Arbeitszeit von 9½ Stunden nicht lang genug, er müsste Überstunden haben. Die hier bei dem Osten beschäftigten Kollegen haben jedoch, nachdem die Lohnkommission die Sache in die Hand genommen hat, die Überarbeit verweigert, weil es keine Notarbeit, wohl aber dringliche Arbeit war und der Meister die Einführung einer Tag- und Nachtschicht verweigerte. Bahn hat nun, nachdem die vier Kollegen die Überarbeit verweigerten, dieselben in brutaler Weise auf's Strafenspital gestoren, darunter einen, der schon zwölf Jahre bei ihm beschäftigt war, und der ihm zum Krippler geworden ist. Leider hat ja einer namens H. Stiegemann in soweit erneidigen können und die Arbeit an dem Baudienst fortgelegt, also dem Sinne nach Arbeitswillingendienste geleistet. Der Betriebsende wurde für diese Handlungswise ausgeklossen. Die Kollegen, welche in so brutaler Weise ihrer Arbeit genommen sind, werden für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit mit dem vollen Tagelohn unterstützt. Die Lohnkommission wird beansprucht, zu gelegner Zeit Schriften gegen Bahn zu unternehmen. Das Festkomitee berichtete über einen geplanten Ausflug nach Mölln in Lauenburg, bestrebt findet am 24. Juni statt. Die Hilfszahnschule A. & C. in Lüg. hat beantragt, die Hilfszahnschule in eine Stammschule umzuwandeln. Dieses wurde jedoch abgelehnt, da die meisten Kollegen sich in Lübeck arbeiten, somit sich auch den Beschäftigten Lübecks fügen und auch in der Werktagleistung dieselben Pflichten haben wie die Lübecker Kollegen. Ein "Werbeschrieb" wurde wieder beschworene geführt über den Arbeitsnachweis, namentlich über den Verwalter derselben. Am Übrigen werden die Kollegen gut thun, Lübeck vor der Hand zu meiden wegen großer Arbeitslosigkeit.

**Nachdruck.** Nachdem die Firma "Bauhütte" sich mit der eingeklagten Firma beschäftigte, hat sich dieser bereit erklärt, die vier entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Der "arbeitswillige" Siegelmann ist entlassen worden und soll sich nach Hamburg gewandt haben.

In Mühlhausen's T. Hirz, fand kürzlich, ähnlich des Unfalls aus dem Bau des Unternehmers Merlen, eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. In einem kurzen Vortrage weist der Referent auf die Bedeutung des Bauarbeiterknotes hin. Gezeigt sei zwar ein gewisser Schutz für die Arbeiter geschaffen. Es bleiben Bestimmungen, die dem Bauunternehmer vorschreiben, bei allen Verstaufungen und Arbeit gewisse Vorrichtungen anzubringen, die bestimmt sind, den Arbeiter vor Unfall zu schützen. Es bestehen Vorschriften über Stärke und Beschaffenheit des Gerüstmaterials u. s. m. Über alle diese Bestimmungen schließen nur geschaffen zu sein, damit sie nicht gehorchen werden. Das röhrt daher, weil die Aufsicht die Kontrolle darüber einer außerordentlich mangelschafft ist. Man könnte nicht sonst geben, der Behörde einen Vorwurf zu machen. Unsere Hochwohlgebärdige wird von anderen Sachen mehr so beschäftigt im Anspruch genommen, daß sie dafür viel zu wenig Zeit übrig bleibt. Und dann ist auch zu berücksichtigen, daß sie nicht die Fähigkeit einer sachmännischen Beurtheilung fehlt. Der Fehler liegt hier im System. Ebenso, wie war die Verwaltung der Unfallabsicherung in die Hände Dexer gelegt hat, die nicht durch Anmauerung und mangelfaule Einrichtungen den Unfall des Arbeiters verursachten, ebenso stützte man sich auf anderer Seite, die Kontrolle über die Ausführung der Schutzbestimmungen in die Hände des Arbeiters zu legen. Was den kürzlich passierten Unfall betrifft, so wird von verschiedenen Seiten wie gewöhnlich der Verdacht gemacht, die Schuld auf den Arbeiter abzuwälzen. Das sei aber immer zu gewesen. Wenn irgendwo ein Unfall vor kommt, ist der Arbeiter entweder betrunken gewesen, oder hat leichtfertig gehandelt. Das auch mal der Arbeitgeber betrunken sein oder leichtfertig handeln könne, davon hört man sehr selten. In diesem Falle liegt die Sache jedoch ziemlich klar. Ist erwiesen, daß das Gerüstmaterial den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprungen hat, kann man dem Arbeiter den Vorwurf machen, daß er einen schlechten Siegel genommen hat, trotzdem gute Siegel vorhanden waren. Damit wird man aber den Umstand nicht aus der Welt disipulieren können, daß der Unternehmer die Sicherheit des Gerüstes zu untersuchen hat, bevor er Menschen auf demselben arbeiten läßt. Und das ist, soviel steht fest, nicht geschehen, ebenso wie es nicht bestimmt werden kann, daß den Leuten zu wenig und schlechtes Gerüstmaterial zur Verfügung stand. Der Unfall sei aber wieder ein Zeichen dafür, wie nötig es sei, daß gerade die Bauhandwerker und Bauarbeiter, ihrer Organisation und deren Besprechungen mehr Interesse entgegenbringen als dies bisher geschehen ist. Nach einer sehr lebhaften und eingehenden Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: "Die heute in C. Hirz'hardts Lokal tagende, von Bauhandwerkern jeden Berufs belegte Versammlung erklärt in dem am 19. Januar dieses Jahres eingetretenen Unfall auf dem Bau des Unternehmers Merlen eine schwere Gefährdung des Lebens und der Gesundheit des Bauarbeiters, eine Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen und erwartet von der Polizeiverwaltung eine genaue Untersuchung dieses Unfalls, verlangt eine ausschließliche Bewachung der Bauten und den Erlass besonderer Schutzbestimmungen." Ferner wurde beschlossen, diese Resolution der hiesigen Polizeiverwaltung zu übermitteln. Nach einer kleinen Pause erhielten nun noch die Frage der Notwendigkeit einer Bauarbeiterkasse, Kommission und schriftl. Auskunft nach ihrer Personen an hiesiger

In Rauten fand am Sonntag, den 24. Juni, eine öffentliche Maurerversammlung statt. Dieselbe sah den Beschluss, den hierigen Unternehmern die Forderung von 40 & Stundenlohn und Anerkennung der Organisation zu unterbreiten. Die Antwort des Meisters wird bis zum 30. Juni erwartet. Da dieselbe nicht zur Zufriedenheit der Kollegen ausfallen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Ausstand kommt. Die Kürz der Zeit, welche den Unternehmern gestellt ist, ist darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer auf eine früher eingerichtete Forderung garnicht geantwortet haben. Die Konjunktur ist sehr günstig und wird der Sieg nicht ausbleiben, wenn alle Kollegen den Wahrspruch befehligen: Einigkeit macht stark.

In Rawitsch fand am 17. Juni eine öffentliche Männerversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Als Referent war Kollege Krause aus Breslau erschienen. In seiner



## Anzeigen

(Anzeigen-Annahme bis Dienstag Morgens 8 Uhr.)

### Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Sterbetafeln der Verbandskollegen, sofern wir unterhalb einer Woche nach dem Sterbedate Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 10 A.

**Auerstein.** Am Freitag, den 8. Juni, verstarb im Alter von 22 Jahren unser Verbandskollege **Edward Benth.**

**Borby.** Am Sonnabend, den 28. Juni, starb nach zweitägigem Krankenlager an den Folgen eines Unfalls unser Verbandskollege **David Kräuter** im Alter von 20 Jahren.

**Bautzen.** Am 29. Juni starb nach längeren Leidern unser Verbandskollege **August Dornig** im Alter von 40 Jahren.

**Riel.** Am Montag, 26. Juni, verstarb unser langjähriges Mitglied **Fritz Schlüter**, gen. **Buck**, nach dreitägiger Krankheit. **Grußes und Gedenkgeld.**

**Kraubits.** Am 26. Juni verstarb nach langem Leben unser Kollege **Heinrich Pescheck** im Alter von 54 Jahren an einer Halskrankheit.

Der Verstorbene war Mitglieder und stets ein treues Mitglied unserer Zahlstelle. Die Zahlstelle Kraubits wird ihm stets ein erfreutes Andenken bewahren.

**Osterfeld.** Bes. **Galle.** Am 11. Juni verstarb unter treuer Verbandskollege **Ernst Obigt** am Gehirnschlag im Alter von 61 Jahren. In ihm verlieren wir einen treuen Kämpfer.

**Wusungen.** Nach kurzem, schwerem Leben verstarb am 14. Juni unser Verbandskollege **Georg Köhler** im 88. Lebensjahr. Er war Mitglied unserer Zahlstelle und stets ein treues Mitglied.

Chre ihrem Andenken!

### Aufforderung.

Der Maurer **Christian Blok**, genannt **Schulze**, Buch-Nr. 83127, aus Gera wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Gera gegenüber in Kürze nachzukommen, wibrigenfalls nach § 10 Absatz a und b verfahren wird.

Die örtl. Verwaltung der Zahlstelle  
[M. 8] Gera.

### Aufforderung.

Die Kollegen der Zahlstelle **Oppeln** werden erachtet, ihre rücksichtigen Beiträge zu entrichten. [M. 1,50] Der Kassirer.

### Aufforderung.

Der Kollege **Robert Bast**, Buch-Nr. 65411, wird erachtet, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle **Witterfeld** gegenüber nachzu kommen. [M. 1,80] Die örtl. Verwaltung.

### Stargard i. P.

Den Mitgliedern hiesiger Zahlstelle des Verbandes deutscher Maurer zur gefälligen Kenntnisnahme, daß der Wochenbeitrag vom 1. Juli ab 25 A pro Woche und der Beitrag zum Streikfonds 10 A beträgt. [M. 40] J. A.: Carl Böltner, Bevollmächtigter.

### Nakel.

Die Mitglieder werden erachtet, da uns zu Versammlungen kein Sitzplatz zur Verfügung steht, sich zur Beitragsabgabe jeden Sonntag bei **Lehmann**, Brückenkopf, einzufinden; dabei werden auch Mitglieder aufgenommen. [M. 40] Die örtl. Verwaltung.

### Senftenberg.

Da wegen Losalmangels Mitgliederversammlungen nicht abgehalten werden können, werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß der Kassirer zur Entgegennahme der Beiträge jeden Sonntag von 9–12 Uhr vormittags im Gasthof "Zum Thun" anwesend ist; dabei wird auch der "Grundstein" ausgegeben. [M. 8]

### Kattowitz.

Das Verbandslokal befindet sich bei Herrn **Arnold Kohn**. Beiträge werden dabei von Sonnabends von 7–10 Uhr und Sonntags von 11–1 Uhr (später nicht mehr) entgegengenommen. [M. 8,10]

### Kurtschlag.

Der Kollege **August Weiß**, Buch-Nr. 062818, wird von seiner Mutter gefeuert. Die Kollegen, die seinen Aufenthaltsort wissen, werden gebeten, die Adresse an die Zahlstellenverwaltung Kurtschlag abzugeben. Weiß soll in Berlin sein. [M. 2,40]

### Wurzen.

Meine Wohnung befindet sich jetzt: Carlostraße 16, 1. Et. links. [1,50]  
Rich. Wagner, Vertrauensmann.

### Gotha.

Ich wohne vom 1. Juli ab: Heinrichstraße 6, beim Böttchermeister Winkel. [M. 1,50] W. Tempel.

Alle Sendungen nach Hainewalde sind von jetzt ab an den Kollegen **Ernst Tempel**, Hainewalde 238, zu adressieren. Der Vertrauensmann. [M. 1,80] Bern. Engler.

### Mainz.

Am Sonntag, den 15. Juli 1900:

### Fahneneweihe

In färmlichem Rahmen der "Neuen Ablage". Die Mitglieder der auswärtigen Zahlstellen, welche an der Feier teilnehmen wollen, werden erachtet, uns umgehend Mitteilung zu machen, mit welchem Bunde sie in Mainz einzutreffen gedenken; damit wir sie auf dem Bahnhof in Empfang nehmen können. [M. 20] Die Festkommission. J. A.: E. Schröder.

### Rathenow.

Sonnabend, 14. Juli, Nachm. 2 Uhr, im Sitz des Herrn Stockfisch, Turnplatz:

### Stiftungsfest,

verbunden mit Konzert, Auslegeln, Verlosung und Kinderbelohnung. Sämtliche Kollegen von Ribbeck und Umgegend sind freundlich eingeladen. [M. 8,80] Das Comité.

### Biere b. Schönebeck a. d. E.

Unsere Zahlstelle feiert am 15. Juli ihr

### Erfles Vergnügen,

wozu sämtliche Kollegen von Bier und Umgegend freundlich eingeladen werden. [M. 8,80] Das Comité.

### Gartz a. d. O.

Am Sonntag, den 15. Juli, feiert die Zahlstelle Gartz a. d. O. ihr

### Stiftungsfest

wozu wir unsere Kollegen von Ribbeck und Umgegend freundlich einladen. [M. 2,70] Das Comité.

### Zahlstelle Berlin II.

### 10. Stiftungsfest

in der Brauerei "Am Friedrichshain", vorläufig Lippz.

### Großes Gartenkonzert

verbunden mit Spezialitätenvorstellung ersten Stanges und Gesangsaufführungen.

### Im Saale: Grosser Ball.

Alle Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 4,20] Das Comité. J. A.: Otto Funt.

### Spandau.

Am Sonnabend, den 14. Juli, feiert die Zahlstelle Spandau ihr [M. 8,80]

### \* 5. Stiftungsfest \*

in Weiß's Sitz. Hierzu sind sämtliche Kollegen der Zahlstelle und der Umgegend freundlich eingeladen. Anfang 7½ Uhr. Das Comité.

### Leipzig.

"Stadt Hannover", Seeburgstr. 25.

Empfehle saubere, neu eingerichtete Fremdenzimmer, ab 40 A. m. Vereinslokal.

### Das Berliner Gewerkschaftshaus,

### Engelser 15,

bietet auch solchen Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern, die nicht als Handwerksbürger reisen, Gelegenheit zum Übernachten.

Es sind eine Anzahl Zimmer zu je zwei Betten vorhanden, die mit ihrer Einrichtung den blühenden Hotelzimmern nicht nachstehen und dabei nur 75 A pro Bett kosten. Bitte machen unfehlbare Vesper, die in Familienangelegenheiten, oder zu ihrem Vergnügen, oder als Delegierte, oder als Agitatoren nach Berlin reisen, ganz besonders heraus aufmerksam.

Gebunden für nur M. 15, brosch. M. 12, auf 5 Exempli, 1 frei, versende: Den-

## Praktischen Maurer.

Gratisbeilage: 1 Fassadenalbum mit 60 Blatt.

Inhalt des Werkes sieh "Grundstein" Nr. 20 S. 11.

Bei Baaraufzahlung 5 A. abzug. Theilzahlungen monatlich M. 5.

Zug zur Lieferung jedes anderen Buches empfiehlt sich bestens die Verbandbuchhandlung v. Arthur Gash, Leipzig, Auerbach's Hof.

### Bauschule Sternberg (Mecklenburg),

Hoch-, Tiefb., Tischl.- u. Zieglerschule.

10 A. SENAKA, Bauschule am Schloss.

Collegen Deutschland! Sünder-

burg, prima, 28 höher,

M. 6. Sch. Hamburger Lederhosen I. M. 6,50,

II (24 F schwarz) M. 4,80, III M. 4,20 portofrei.

Strenge reell. Nicht Geschändes nehme retour.

Müller und Preisslisten gratis.

Colleges Böhlfeld, Dresden-N. Ritterstr. 4.

Wollen Sie sicher Stenographie erlernen?

so verlangen Sie das neu erschienene Buch

Die Stenographie n. ihre Nothwendigkeit

in der deutschen Arbeiterbewegung

nebst Lehrbuch zum Selbstunterricht in der

Deutschen Gewerkschafts-Stenographie

(System Aranda)

von Fr. Dönnecke.

Preis nur 60 A. Wer nicht zu haben, breite

gegen Einwendung von 60 A durch den Steno-

graphischen Verlag von

Friedrich Dönnecke,

Mühlhausen i. Th., Haarwand 70,

zu bezahlen.

Dies ist das einzige System, welches bei

Arbeiter mit Erfolg erlernt. Gleichzeitig wird

ein Lehrbuch durch das vorliegende Werk den

großen Wert sowie die Bedeutung der Steno-

graphie für einen jeden organisierten Arbeiter

ennen lernen. [M. 7,20]

### J. Blume & Co., Hamburg.

Eigentlicher Ver-

stand, unterer befaßt,

etot engl. lederner

u. Münchner

Arbeits-

Atikel-

u. Isolander

Taschen.

Wunder und Preisslisten gratis.

J. Blume & Co.,

Hamburg.

Wunder, Preisslisten gratis.

J.